



aktuell

Monatszeitschrift des OGB-L - Februar 2004 - N°2



Dialogbereitschaft oder Streit



Zukunftsdebatte, Kyoto-Protokoll,
Delocalisierungen

(Seite 9)

Sommaire

Inhalt

4



Editorial

Dialogbereitschaft oder Streit?

6



EHL-Kollektivvertrag

OGB♦L und LCGB stimmen dem Verhandlungsergebnis zu !

9



Interview

Zukunftsdebatte, Kyoto-Protokoll, Delocalisierungen

11



Nationalvorstand

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

13



OGB♦L / LCGB Sidérurgie A.s.b.l.

„Stahltripartite“ vor großer Herausforderung ?

19



Europäischer Gewerkschaftsbund

Das soziale Europa in Gefahr

21



Du nouveau dans les entreprises

Affaire Kralowetz, convention collective des employés de banques, ...

26



Nouveau service DTH

Permanences du Département des Travailleurs Handicapés



Dialogbereitschaft oder Streit?

Über die so genannte Streitkultur in Luxemburg, den Konsens oder den Konsensualismus, wurde und wird viel philosophiert und drum herum interpretiert. Tatsache ist, dass wir während Jahrzehnten ein Modell aufgebaut haben, das durch den Dialog oder in der Auseinandersetzung - zu Resultaten führte, die in Luxemburg eine Umgangsform und ein Sozialnetz schufen, die Konflikte weitgehend ausschließen und, mit wenigen Ausnahmen, den Menschen in diesem Land das Gefühl von Sicherheit in vielen Lebenslagen vermittelt und garantiert.

Wenn bei wachsender Arbeitslosigkeit und in einer schwierigeren wirtschaftlichen Zeit, Parolen zur Modernisierung des Sozialstaates erhoben werden, schürt dies Ängste anstatt, dass positive Zeichen gesetzt werden. Das gleiche gilt auch für die oft oder meist unnütz geführten Diskussionen über die Gefahr eines 700.000 Einwohner-Staates oder in deren Umfeld die Thematik der zu hohen Zahl an Grenzgängern, an Ausländern und neuerdings auch Asylanten.

Luxemburg hat seinen Reichtum - und dies in vollem Umfang - auch Dank der Präsenz dieser Menschen schaffen können. Wollen wir unseren Lebensstandard sichern, brauchen wir wiederum die gleichen Menschen, denen wir durch einen gerechten und offenen Umgang, die Integration in unsere kleine luxemburgische Gesellschaft erleichtern können.

Wahlkampfstimmung

Natürlich werfen die bevorstehenden Parlamentswahlen immer stärker ihre Schatten voraus. Es ist zu hoffen, dass der Sprachgebrauch der politischen Parteien und ihrer Kandidaten weitgehend sachlich bleibt. Dieser Wunsch richtet sich allerdings auch an alle anderen Akteure in der Wirtschaft, der Politik und in der Sozialszene; Gewerkschaften und Patronat also mit eingeschlossen. Denn

nach den Wahlen hat die Realität uns wieder voll im Griff und allzu grobe Fehler in den Umgangsformen riskieren zu einer dauernden Belastung zu werden oder einen bleibenden Schaden im Zusammenleben zu hinterlassen. Streitkultur im Sinne eines offenen Dialogs und der Suche nach gerechten Lösungen, bleibt in einem kleinen Land die erste Voraussetzung, um kleine und große Hürden gemeinsam und solidarisch überspringen zu können.

Konkurrenzfähigkeit ist nicht Mittel zum Zweck

In der grundsätzlichen Debatte über die Zukunft Luxemburgs, die noch immer nicht stattgefunden hat, wird regelmäßig ein nicht unwesentlicher Aspekt, jener der Kompetitivität, der Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Luxemburgs angesprochen. Die nationale Tripartite hat schließlich beschlossen, sich dem Thema anzunehmen und hat zu diesem Zweck bereits einige Vorbedingungen erfüllt. Hierzu zählt das Einsetzen eines Observatoriums zur Erfassung und Berechnung der Konkurrenzkriterien, die Wahl eines ausländischen Spezialisten in der Person eines Wissenschaftlers und Forschers, die Ernennung eines Begleitkomitees bestehend aus Mitgliedern der Tripartite sowie anderen Begleitstrukturen. Der OGB♦L hat immer klar gemacht, dass er eine solche Debatte wünscht, keine Angst davor hat, dass er dementsprechend mitwirken und Verantwortung übernehmen will. Noch ist der Umfang der Arbeiten nicht genau festgelegt; fest steht bereits jetzt, dass sie in der Erstellung eines Aktionsplanes zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit münden sollen. Keine einfache Aufgabe, aber eine notwendige.

Zur Erinnerung: im Jahr 1977 war der Vorläufer zum Tripartitegesetz vom 24. Dezember 1977 ein "Aktionsplan für Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum". Für uns bedeutet dies klar und unmissverständlich, dass die nun



John Castegnaro
Präsident

beginnenden Arbeiten über die Zukunft des Standortes Luxemburg klar und gleichberechtigt auch die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und die Absicherung des Sozialnetzes beinhalten muss.

Konkurrenzfähigkeit kann nicht Selbstzweck oder Mittel zum Zweck sein. Das Objektiv muss über die Kosten- und Qualitätsdebatte hinaus, genauso die Absicherung des Lebensstandards zum Ziel haben. Die Lage in Luxemburg ist nicht so dramatisch, als dass sie einseitige und einschneidende Maßnahmen auf dem Buckel der Arbeitnehmer notwendig machen würde. Sollte es also Tripartite-Teilnehmer geben, die in diese Richtung denken, so seien sie bereits jetzt gewarnt!

Mehr als ein Schlagwort

Die Art und Weise mit der verschiedene Arbeitgeberverbände, ihre Vertreter respektive einzelne Arbeitgeber das Thema angehen, gibt uns zu denken. Der Verdacht könnte aufkommen, dass die notwendige Debatte und Bestandsaufnahme zum Vorwand für Sozialabbau, Delokalisierung von Betrieben, Entlassungen, Personalabbau oder einer weiteren Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt wird. Tausende von Leiharbeitern in über 30 Leiharbeiterfirmen - die Tendenz ist steigend - weisen darauf hin, dass Prekarität und totale Flexibilität den Vorrang über Stabilität und Sicherheit, über Produktivität und Qualität haben.

Die bevorstehende Debatte über die Konkurrenzfähigkeit ist demnach mehr als nur eine Pflichtübung oder ein Schlagwort.

Im Verbund mit der Diskussion über die Auflagen und Auswirkungen des Kyoto-Protokolls, der diesbezüglichen EU-Direktive über eine weitere Absenkung der CO₂-Emissionen, des Klimaschutzes insgesamt, riskiert unser Land, schneller als erwartet vor einen "choix de société"

gestellt zu werden. Daraus erwächst den Gewerkschaften - aber nicht nur uns - eine enorme Verantwortung.

Und dann noch Kralowetz

Derweil Karl Kralowetz die Freiheit wieder genießt und sich vermutlich im unverdienten Wintersporturlaub befindet, haben auf Betreiben des OGB•L, die ersten von rund 200 Gerichtsverfahren beim Arbeitsgericht begonnen. Damit haben wir ein Versprechen eingelöst, das wir den Menschen aus dem Ostblock gegeben haben, die betrogen und ausgebeutet wurden und einen Anspruch auf ihren Restlohn haben. Das Geld ist da, allerdings verweigert der Konkursverwalter die Auszahlung mit der Begründung, diese Fahrer hätten keinen gültigen Arbeitsvertrag gehabt! Was bitteschön war denn bei Kralowetz überhaupt "gültig" und wer trägt die Schuld an diesen Zuständen, wenn nicht Luxemburg als Standort für kriminelle Unternehmen. Den Letzten beißen die Hunde oder es ist wieder einmal das schwächste Glied in der Kette, das betroffen ist: die Fahrer, nur weil sie aus dem Ostblock kamen und ausgebeutet wurden. Dieser gleiche Ostblock wird jetzt mit der EU-Erweiterung salonfähig und wird immer stärker von luxemburgischen Unternehmern für die Delokalisierung ihrer Betriebe auserwählt, weil Löhne, spezielle Leistungen und die Lohnkosten niedriger sind!

Der OGB•L übernimmt seine Verantwortung. Das Beispiel des, trotz allem, erfolgreichen Kollektivvertragsabschlusses im Krankenhauswesen hat bewiesen, dass ein starker, gewerkschaftlicher Organisationsgrad, Motivation, Überzeugung und Einsatz sich immer noch lohnen.



EHL-Kollektivvertrag

OGB♦L und LCGB stimmen dem Verhandlungsergebnis zu !

Die Tarifkommissionen des OGB♦L und des LCGB haben das nach der Straßendemonstration vom 5. Februar erzielte Verhandlungsergebnis angenommen. Der Durchbruch bei der Altersteilzeitarbeit hat dem schweren Vertragskonflikt ein Ende gesetzt.

Das erzielte Resultat entspricht im Übrigen weitgehend den Verhandlungsergebnissen und dem Lohnkompromiss von November 2002. Die EHL verwarf bekanntlich ab Januar 2003 diese Resultate und löste damit den schweren und langwierigen Vertragskonflikt aus.

Die Lösung am Verhandlungstisch eröffnet zudem die Chance für die notwendige Rückkehr zu jenem konstruktiven Dialog, der ohne Abbruch von 1995 bis 2002 den sozialen Frieden und eine qualitätsorientierte Vertragspolitik absicherte.

Das Personal hat am 5. Februar in Esch für die Fortsetzung einer fortschrittlichen Personal- und Vertragspolitik demon-

striert. Diese Forderung an die EHL bleibt aktuell und sie ist in Diskussionen einzulösen, die während der Vertragsdauer geplant sind.

Es ist die Verantwortung der Sozialpartner neue Krisenentwicklungen in den sozialen Beziehungen des luxemburgischen Krankenhauswesens zu verhindern. Dass sich trotz der Ankündigung des Verhandlungsergebnisses anfangs dieser Woche, 52% der Gewerkschaftsmitglieder des OGB♦L (32% beim LCGB) für die Ablehnung des Schlichtungsvorschlags und den Streik ausdrückten, beweist den Handlungsbedarf in dieser Sache.

Der OGB♦L und der LCGB danken all ihren Mitgliedern und dem gesamten Personal für ihr konsequentes und verantwortungsvolles Handeln, das zu jedem Zeitpunkt des Konflikts auf eine Verhandlungslösung ausgerichtet war und das mit allen Mitteln Streikaktionen im luxemburgischen Gesundheitswesen zu verhindern suchte und dies auch erreicht hat.



Das von den Vertragsgewerkschaften und der EHL angenommene Verhandlungsergebnis sieht u.a. folgendes vor:

1. die Erhöhung des Punktwerts ab dem 01.01.2004 um 4,88%
2. eine einmalige Prämie von 1,6% des individuellen Brutto-Jahreslohnes von 2003
3. das Abkommen über die Einführung der Altersteilzeitarbeit ab dem 1.1.2006 gemäß den bis zum 31.12.2005 von der paritätischen Kommission des Kollektivvertrags auszuarbeitenden Methodologien und Bestimmungen
4. die neue Definition des Artikels 27, welche die Prozedur für das zukünftige Umsetzen des Gleichgewichts der Entwicklung des Kollektivvertrags mit dem Öffentlichen Dienst neu regelt und den zeitlichen Referenznullpunkt auf den 01.01.2005 festgelegt hat

5. die Einführung neuer Rechte in Bezug auf den zeitlich befristeten unbezahlten Urlaub bzw. die zeitlich befristete Halbtagsarbeit.
6. die Einführung des Rechts auf die unbefristete Halbtagsarbeit
7. den Auftrag an die paritätische Kommission für das Festlegen einer gemeinsamen Position und Politik in Bezug auf die notwendige Anpassung bestimmter Laufbahnen
8. die Dauer des Kollektivvertrags: Laufzeit bis zum 31.12.2005.

Der neue Kollektivvertrag soll voraussichtlich Mitte März unterschrieben werden.

L'OGB•L remercie le personnel du secteur de la santé et ses représentants pour leur engagement et leur motivation manifestés lors de la démonstration du 5 février dans les rues d'Esch/Alzette.



Tagung der OGB♦L-Exekutive

Handlungsbedarf

OECD-Bericht

In ihrer Tagung vom 2. Februar 2004 hat die OGB♦L-Exekutive sich eingangs mit dem OECD-Bericht auseinandergesetzt, der unter dem Deckmantel von pseudo-wissenschaftlichen Analysen das Zurückstutzen der sozialen Leistungen propagiert. Sie weist erneut darauf hin, dass der OGB♦L keine Form von Sozialabbau akzeptieren wird und dass in den nächsten Tagen ein gemeinsames Positionsdokument der Berufskammern und der Gewerkschaften der Öffentlichkeit vorgestellt wird, das zur Versachlichung der Debatte beitragen soll.

Auch wenn es für den OGB♦L keinen Grund zu Sozialabbau gibt oder Kursrichtung gibt, stellt er dennoch klar, dass er sich den Diskussionen nicht verschließen wird unter der Voraussetzung, dass diese in den zuständigen Gremien stattfinden werden, anstatt diese in einen Meinungs austausch in den Medien auszulagern.

Konflikt im Spitalsektor

Aufgrund der Zuspitzung des Konfliktes im Spitalsektor, hat die Exekutive sich mit der statutarischen Vorbereitung eines eventuellen Streiks befasst und zur Unterstützung der am 5. Februar unter dem Motto "Für eine fortschrittliche Vertrags- und Personalpolitik im EHL-Sektor und für die Erneuerung des sozialen Dialogs" in Esch/Alzette stattfindenden Protestaktion aufgerufen.

Gemeinde Esch/Alzette : Liberalisierung der städtischen Elektrizitätswerke

Die Exekutive kann nicht akzeptieren, dass über die Umsetzung der Liberalisierungsdirektive hinaus, weitere Unternehmensteile, wie das Betreiben und der Unterhalt des elektrischen Netzes sowie die Verrechnung und Buchhaltung ebenfalls an ein privatrechtliches Unternehmen - das zwar zu 100% der Gemeindeverwaltung gehören wird - ausgelagert werden soll und legt ihr kategorisches Veto ein. Die Exekutive verlangt, dass oben genannte Betriebsteile in exklusiver Hand der Gemeindeverwaltung, also des öffentlichen Betriebes, bleiben müssen.

Invalidenrenten

Nach monatelangem Warten, wird nun endlich die notwendige Sitzung der Sozialpartner stattfinden. Die Exekutive erinnert an ihre Forderung, die praktische Umsetzung der Neuregelung im Sinn und Geist, der bei der Ausarbeitung des neuen Gesetzes im Rahmen der Tripartite zugrunde lag,

im Interesse der Betroffenen auszuführen. Es gilt insbesondere die bürokratischen Hindernisse aus dem Weg zu räumen und wichtige Interpretationslücken bei der Auslegung der Gesetzes- und Reglementstexte zu füllen. Um die Probleme, die sich insbesondere bei der Reintegration von Teilinvaliden in die Betriebe stellen, zu lösen, sind die Arbeitgeber gefordert endlich ihre Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitern zu übernehmen.

Beschäftigung

Bei zunehmender Arbeitslosigkeit und Restrukturierungswellen in den Betrieben, denen Hunderte von Arbeitsplätzen zum Opfer fallen, sind die Maßnahmen im Interesse des "maintien pour l'emploi" nun überfällig. Durch den Boykott des Patronats wurde viel Zeit im Interesse der Beschäftigungssituation verloren, die Politik ist nun definitiv gefordert, um gesetzgeberische Schritte in Richtung Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit und dem Erstellen von Sozialplänen, zu unternehmen.

Préavis Vorankündigung

**Le 5^e/XXX^e congrès ordinaire
de l'OGB♦L
se tiendra
les 26, 27 et 28 novembre 2004.**

**Der 5./XXX. Ordentliche
Kongress des OGB♦L
findet am
26., 27. und
28. November 2004 statt.**



Zukunftsdebatte, Kyoto-Protokoll, Delokalisierungen

Welches Luxemburg wollen wir? Eine Antwort auf diese Frage sollte die Diskussion über den 700.000-Einwohner-Staat liefern. Doch der ist längst schon kein Thema mehr. Vor uns stehen riesige Herausforderungen, die lange Zeit unterschätzt worden sind, meint nun OGB•L-Präsident John Castegnaro.

„Tageblatt“: Noch vier Monate trennen uns von den Parlamentswahlen. Wo liegen die kurzfristigen Prioritäten der Gewerkschaft?

John Castegnaro: „Das Wiederherstellen der Vollbeschäftigung genießt für uns nach wie vor absoluten Vorrang. Und parallel dazu die Absicherung des Sozialnetzes in Luxemburg. Wir werden auch weiterhin jede Tendenz bekämpfen, die sich Modernisierung oder Umbau der Sozialsysteme nennt, aber nur eine Umschreibung der EU-Politik ist, die im Endeffekt auf Sozialbau hinausläuft und durch Privatisierung der Renten- und Krankenkassensysteme einer Wiedereinführung des Zweiklassen-Systems das Wort redet: Ich kann es mir finanziell leisten, mich gegen Krankheit zu versichern und für meine Rente vorzusorgen oder ich habe Pech.“

Das haben die Gewerkschaften während Jahrzehnten bekämpft.

Dritte Priorität ist der Erhalt der wirtschaftlichen Basis Luxemburgs und insbesondere eine Verstärkung der industriellen Aktivität.“

„T“: Zu den Sozialsystemen. Auch die Gewerkschaften erkennen doch an, dass diese Systeme sich an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen anpassen müssen?

J. C.: „Darüber gehen die Ansichten weit auseinander. Sie reichen von der Überlegung, dass die bestehenden Systeme gut sind, und deshalb nicht über Bord geworfen werden dürfen, bis zu derjenigen, dass die Sozialsysteme eine Angelegenheit des Staates und der Arbeitnehmer seien, das Patronat folglich damit nicht belastet werden dürfe. Zwischen diesen zwei Extremen gibt es etliche andere Modelle.“

Im Endeffekt bleibt nur die Frage der Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme und ihrer Finanzierung, ob ausreichend Geld vorhanden ist, um die Leistungen abzusichern.

Am Rententisch geschah eigentlich viel im Sinne der Absicherung des Rentensystems. Gleichzeitig wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass die Leute länger im Arbeitsprozess bleiben wollen oder müssen. Das wird oft

übersehen oder verschwiegen. Der Rententisch hat das Pensionssystem einerseits bestätigt, andererseits ausgebaut und verbessert. Und es gibt keinen Grund, an diesem Ergebnis zu rütteln.“

„T“: Angekündigt worden war auch die Suche nach alternativen Finanzierungsquellen. Hat sich da was getan?

J. C.: „Wir kritisieren, dass hier nicht genug geschieht. Klar ist nur, wie die Reserven besser angelegt werden sollen. Aber Diskussionen über Finanzierungsalternativen oder Rentenprobleme, wie die der geschiedenen Frauen, wird man wohl vor den Wahlen vergessen können. Schade.“

„T“: Dasselbe Schicksal ist wohl der Debatte über den 700.000-Einwohner-Staat beschieden?

J. C.: „Es ist eine Spezialität unseres Staatsministers, dass er wichtige Fragen thematisiert, überspitzt darstellt und dann selbst die Luft herauslässt. Das gilt für den 700.000-Einwohner-Staat, der für viele Kommentare sorgte, wobei nun behauptet wird, man werde diese Zahl in den kommenden Jahrzehnten ohnehin nicht erreichen. Gleichzeitig heißt es aber, dass die Grenzgänger- und die Beschäftigtenzahlen weiter massiv steigen werden. Wir leben in einer Zeit widersprüchlicher Aussagen.“

Der OGB•L hat schon 1994 eine Zukunftsdebatte gefordert. In der Sorge, dass man in einem Land wie Luxemburg sich fundamental Gedanken darüber machen muss, wie es in den kommenden Jahren im Sinne von Solidarität und Erhalt der Errungenschaften überleben kann. Diese Diskussion wird nur sporadisch geführt.“

„T“: Etwa in der Tripartite?

J. C.: „Die Tripartite soll nun über die Wettbewerbsfähigkeit reden. Diese Diskussion beinhaltet viele Themen. Das wird eigentlich der Zukunftstisch werden.“

Denn die Konkurrenzdebatte wird nicht nur über ökonomische, sondern auch über soziale Parameter führen: Mindestlohn, Lohn- und Sozialkosten, Steuern, aber auch Landespla-

nung und vor allem Schule und Berufsausbildung. Bei letzterem wird seit fünf Jahren eher mit Schlagworten als mit wirklichen Konzepten operiert.

Schließlich schwebt auch ein rasierklingenscharfes Damoklesschwert namens Kyoto über uns.

Delokalisierung durch Kyoto?

Luxemburg hat sich im Rahmen des Kyoto-Abkommens und einer entsprechenden EU-Direktive zu einer massiven Reduzierung der CO₂-Emissionen verpflichtet. Und jetzt stellt sich heraus, dass das Kyoto-Abkommen uns in eine Situation bringen wird, wo wir uns Gedanken darüber machen müssen, welche Gesellschaft wir eigentlich wollen.

Wenn Kyoto und die EU-Direktive so umgesetzt werden sollen, dann weiss ich nicht, wie viele Betriebe noch abgebaut werden müssen, oder wie wir die wirtschaftliche Diversifizierung, die jeder fordert, noch weiterführen können.

Ob wir uns dann noch den Tanktourismus werden leisten können? Dabei wissen wir, dass der Tanktourismus dazu beiträgt, vieles im Staat zu finanzieren, angefangen vom Pei-Museum bis hin zu sozialen Leistungen. Da stoßen wir an eine Schmerzgrenze.

Außerdem: Wir leben in einer Zeit der Delokalisierung. Wir delokalisieren aus Lohnkostengründen ganze Produktionen aus Traditionsbetrieben nach Osteuropa und noch weiter. Wir riskieren durch Kyoto eine zweite Delokalisierungswelle, weil wir eine CO₂-Reduzierung über andere Wege nicht erreichen können.

Wir werden uns fragen müssen, was wir uns in Zukunft noch leisten können? Werden wir definitiv ein Dienstleistungsland? Dann sehe ich schwarz für die Zukunft dieses Landes, insbesondere für den hohen Lebensstandard seiner Bevölkerung. Das sind riesige Herausforderungen, die lange Zeit unterschätzt worden sind."

„T“: Das Kyoto-Abkommen würde doch eine einmalige Chance bieten, endlich in Richtung jenes qualitativen Wachstums zu gehen, das vor kurzem noch von allen politischen Parteien gefordert wurde ?

J.C.: „Man muss hinter jedes Schlagwort eine Gebrauchsanweisung setzen. Was heißt qualitatives Wachstum? Ist das der Dienstleistungsstaat? Und zu welchem Preis soll er erreicht werden? Wir werden in diesem Lande dann alles in Frage stellen müssen, zum Beispiel die Lohn-, Gehälter- und Sozialstrukturen.“

„T“: Erklärt das Ihre rezente Aussage, die aktuelle Tripartite-Runde werde erst nach den Wahlen zu schlüssigen Ergebnissen kommen?

J.C.: „Angesichts der Komplexität der zu diskutierenden Themen kann ich mir kaum vorstellen, dass wir diese Aufgabe bis vor den Wahlen erledigen können. Auch wenn wir es wollten. Ich glaube sogar, es arrangiert so manchen, wenn die Ergebnisse erst nach den Wahlen vorliegen werden.“

Deshalb ist es nicht unwichtig, wie die zukünftige Regierung aussehen wird. Wird der von allen herbeigewünschte Wirtschaftsaufschwung nicht einsetzen, wird jede Regierung unter Zugzwang stehen.“

Stahlindustrie Notwendige Anpassungen?

„T“: Arcelor führt derzeit eine Studie über ihren Produktionsbereich Langprodukte in Europa durch. Ist der Standort Luxemburg in Gefahr?

J. C.: „Der OGB♦L hat mehrmals die Ansicht geäußert, eine Stahltripartite sei überfällig. Bei der Bildung von Arcelor sagten wir, man könne den Fortschritt nicht bremsen. Angesichts der spezifischen Luxemburger Situation wollten wir jedoch Garantien, dass alles was in Luxemburg zum Bereich Arcelor gehört, in der Stahltripartite thematisiert werden müsse. Nun sagt man uns, dass die Wiltzer „Circuit Foil“ nicht dazu gehöre. In den nächsten Tagen muss klargestellt werden, wie man die Probleme dieses Betriebs lösen kann. Hier geht die Rede von 40 Entlassungen, und dazu gebe es scheinbar keine Alternativen.“

Warum greift man nicht in die große Pan-Kiste, um diese und andere Entlassungen zu vermeiden? Wie kann man eine gezielte Beschäftigungspolitik betreiben? Für jeden Arbeitsplatz kämpfen, wie Staatsminister Juncker immer wieder betont, heißt doch, dass jedermann, Gewerkschaften, Patronat und Regierung, seine ganze Energie dafür aufwenden muss.

Aufgrund von Gerüchten, die uns aus Arcelor-Betrieben zugetragen wurden, fühlen wir uns ein bisschen in jene Situation zu Beginn der großen Stahlkrise zurückversetzt. Nicht Tausende Arbeitsplätze stehen zur Diskussion, aber das Risiko einer notwendigen Anpassung ist vorhanden. Damit die Stahlindustrie überlebt.

Ich gehe davon aus, dass die Arcelor zu ihren Engagements für die Absicherung der Standorte stehen wird. Zweitens meine ich, dass auch die Regierung eine große Verantwortung trägt. Eine Großinvestition, wie die Mitteleisenstraße in Esch, ist kein Freifahrtsschein für andere Entwicklungen.“

Interview : Lucien Montebusco

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Der Kampf für Vollbeschäftigung bleibt für den OGB♦L oberste Priorität. Das hat Gewerkschaftspräsident John Castegnaro im Anschluss an die erste Sitzung des Nationalvorstands in diesem Jahr gesagt.

Luxemburg verfüge über viele beschäftigungspolitische Maßnahmen, doch würden viele davon nicht angewandt. Weil viele Betriebe sich nicht dafür interessierten, welche finanzielle Unterstützung sie vom Staat bei der Einstellung von Arbeitslosen bekämen. Das sei schade, weil der Solidaritätsgedanke hier nicht spiele.

Castegnaro nahm dabei insbesondere die Handwerkerföderation aufs Korn. Seit Monaten belästige sie die Beschäftigungsinitiativen, wobei sie ihnen Sozialdumping vorwerfe. Würden die Handwerksbetriebe jene 3.000 Personen beschäftigen, die derzeit in Beschäftigungsmaßnahmen eingeschrieben sind, man bräuchte diese Initiativen nicht mehr, so der Gewerkschaftspräsident.

Arbeitszeitverkürzung und Teilzeitarbeit

Dem Erhalt von Arbeitsplätzen sollen auch die Gespräche zwischen Gewerkschaften und Unternehmervereinigung

UEL dienen. Dabei geht es laut OGB♦L-Angaben um die Möglichkeit der befristeten Arbeitszeitverkürzung in Betrieben, die wirtschaftliche Probleme haben. Dadurch sollen Entlassungen vermieden werden. Das Patronat habe sich im Gegensatz zur Regierung bisher immer dagegen ausgesprochen, so Castegnaro. Mögliche Vereinbarungen würden jedoch nur Sinn machen, wenn sie allgemein verbindlich wären.

Ähnlich äußerte sich der Gewerkschaftsvorsitzende bezüglich anstehender Gespräche mit dem Patronat über Teilzeitarbeit. Dieser Bereich der Arbeitswelt müsse geregelt werden, wobei Teilzeitarbeit nicht als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genutzt werden dürfe. Auch Vereinbarungen in diesem Bereich müssten allgemein gültig werden. Diese Möglichkeit sieht der Gesetzentwurf zur Reform der Kollektivvertragsgesetzgebung vor.

Eben dieses Gesetz müsste nach Ansicht des OGB♦L noch vor den Legislativwahlen gestimmt werden. Genauso wie die Reform der Gewerbeinspektion.

Fortschritte erwartet sich die Gewerkschaft des Weiteren von einer Zusammenkunft mit Sozialminister Carlo Wagner.



Erörtert werden die Probleme bei der Umsetzung des neuen Gesetzes über Berufsunfähigkeit. Wer seinen alten Job nicht mehr ausüben kann, wird nicht gleich Invaliditätsrentner. Ihm soll in seinem bisherigen Betrieb eine andere Arbeit gegeben werden. Fast alle Betriebe würden sich dem verweigern, so Castegnaro, ungeachtet der finanziellen Unterstützung aus dem Beschäftigungsfonds.

Krankenkassenfusion kostendrückend?

Um Geld geht es auch bei einer möglichen Fusion der Krankenkassen des Privatsektors.

Die Tripartite hatte im Dezember 2003 eine Studie über mögliche Kostenersparnisse dank einer solchen Fusion beschlossen. Untersucht werden sollten auch die Folgen einer verallgemeinerten Lohnfortzahlung für Arbeiter und Angestellte.

Kritik gab es in den vergangenen Wochen dabei vor allem seitens der Handwerkervertreter, obwohl sie an der Tripartite-Sitzung teilnahmen. Unfair sei die Haltung der Handwerksföderation, meinte Castegnaro. So vergifte man das soziale Klima. Was negative Folgen bei den Verhandlungen zur Erneuerung des Kollektivvertrags im Bauwesen haben könnte.

Tripartite-Sitzung wurde vertagt

Apropos Tripartite. Eine angekündigte Sitzung wurde kurzfristig abgesagt. Der Grund: Dokumente für die geplante Diskussion über die Wettbewerbsfähigkeit der Luxemburger Wirtschaft wurden den Sozialpartnern erst am vergangenen Samstag überreicht. Man werde sich in kleiner Runde mit Experten des Wirtschaftsministeriums treffen, hieß es.

„t“ Lucien Montebusco



„Stahltripartite“ vor großer Herausforderung ?

Seit der Arcelor Pressekonferenz vom 19. Februar 2004, brodeln es in der Gerüchteküche. Liest man die einzelnen Presseberichte durch, so stellt man fest, dass auf Fragen von Journalisten bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Luxemburger Stahlindustrie, die Arcelor Topmanager Dollé und Wurth einen Wandel in der nationalen Stahlindustrie, unter welcher Form auch immer, ankündigen. Einzelnen Presseberichten ist ebenfalls zu entnehmen, dass die Luxemburger Gewerkschaften über alles informiert seien. A priori, also alles in geregelten Verhältnissen.

Dem ist aber bei weitem nicht so. Fakt ist, dass die Gewerkschaften OGB♦L und LCGB im Herbst 2003 darüber in Kenntnis gesetzt wurden, dass man auf dem Niveau der Arcelor Gruppe im Bereich der Langstahlprodukte eine Studie ins Auge fasste, die es ermöglichen sollte, den gesamten Langstahlbereich für die Zukunft abzusichern. Die Studie sollte bis Ende Dezember 2003 andauern, die neuen Strukturen sollten ab Januar 2004 in Kraft treten. Dabei wurde vom Arcelor Management (übrigens im Beisein von Präsident Kinsch) unterstrichen, dass man sich, was die Resultate dieser Studie angeht, gegenüber den Sozialpartnern an die Prinzipien der nationalen Gepflogenheiten in Sachen Sozialdialog halten werde. So weit so gut.

Nun ist es aber so, dass die Traditionen des Luxemburger Sozialdialogmodells in der Stahlindustrie so funktionieren, dass es in der Regel drei Gesprächspartner gibt: der Staat, das Stahlpatronat und die Gewerkschaften. Das Ganze wird dann auch als Stahltripartite bezeichnet und sie sollte sich, laut Aussagen unseres Premierministers anlässlich der Gründung von Arcelor, mehrmals jährlich treffen, um die Entwicklung der nationalen Interessen in der Stahlindustrie sowie der anderen industriellen Aktivitäten von Arcelor auf nationaler Ebene zu verfolgen. Die letzte Zusammenkunft der Stahltripartite war übrigens im Februar 2003, also vor einem Jahr. Sollte es jetzt so sein, dass größere Veränderungen ins Haus stehen - wovon man ja laut Presseberichten ausgehen kann - so bleibt nur zu hoffen, dass unser Premierminister ebenfalls diese Zeitungsberichte verfolgt. Er täte gut daran, endlich wieder eine Stahltripartite einzuberufen, ansonsten er die Gefahr läuft, aus der Presse zu erfahren, dass es auf einmal keine Stahlindustrie in Luxemburg mehr gibt. Übrigens fordern OGB♦L und LCGB schon seit Monaten die Einberufung einer Stahltripartite, finden aber kein Gehör beim Regierungschef.

Die Lunte ist seit dem 19. Februar jedenfalls gezündet. Ob und wann es zur Explosion kommen wird und vor allem wel-

che Ausmaße diese annehmen wird, steht noch in den Sternen.

OGB♦L und LCGB, zusammen mit 5.000 Beschäftigten in der Stahlindustrie und 1.400 Beschäftigten in den anderen Arcelor Betrieben, erwarten kurzfristig präzisere Aussagen und Informationen. Kein Veränderungsprozess wird von Seiten der Gewerkschaften und deren lokalen Vertretern in den Ausschüssen in den Betrieben akzeptiert werden, bis die erforderlichen Informationen und die unter Sozialpartnern einvernehmlich verhandelten Lösungen auf dem Tisch liegen. Dabei steht fest, dass für den Erhalt eines jeden Arbeitsplatzes sowie für den Erhalt der bestehenden Standorte gekämpft werden muss. Mit welchen Mitteln dieser Kampf gegebenenfalls geführt wird, hängt sicherlich von den Antworten ab, die schnellstens von Patronat und Politik geliefert werden müssen. Sollte aber versucht werden, die Praktiken des Sozialdialogs, so wie sie in der Vergangenheit existierten, zu umgehen oder gar kaputtzumachen, so sei jetzt schon die Warnung ausgesprochen, dass dann der soziale Frieden, zumindest in den Arcelor Betrieben, ernsthaft gefährdet ist !



Sidérurgie A.s.b.l.

Arcelor : priorité au maintien du tissu industriel et au maintien de l'emploi !

À l'occasion de sa première réunion annuelle, en date du 28 janvier 2004, le conseil d'administration OGB♦L / LCGB Sidérurgie A.s.b.l. a pris note que différents dossiers au sujet des activités industrielles du groupe Arcelor au Luxembourg, ceci aussi bien dans le secteur sidérurgique que dans le périmètre hors sidérurgie, laissent apparaître des projets industriels identifiant la volonté de restructurations de la part des dirigeants d'Arcelor.

Vu que les phénomènes de restructurations sont souvent liés à la mise en cause de l'activité industrielle et risquent également à mettre en danger la situation de l'emploi, les responsables syndicaux tiennent à mettre en garde contre toute tentative visant à compromettre la pérennité tant des sites industriels que des emplois y attachés.

Dans ce contexte, il faut rappeler qu'au moment de la création d'Arcelor des pourparlers entre les partenaires sociaux et le gouvernement avaient retenu le maintien des sites sidérurgiques ainsi que le maintien de l'emploi y attaché. Le tout accompagné de la volonté permettant la mise en place d'une politique d'investissement, visant d'une façon générale la stabilité de l'industrie sidérurgique nationale et visant d'une façon spécifique l'extension des installations de productions existantes.

Au sujet du maintien des sites et structures non-sidérurgiques et des emplois y attachés, les responsables patronaux s'étaient engagés également en faveur de la continuation d'une politique proactive. De même, il a été retenu au niveau de l'accord tripartite 2002 qu'en cas de besoin et de demande, la tripartite sidérurgie serait réunie pour aborder, le cas échéant, la situation de toute entreprise sous le contrôle du groupe Arcelor située sur le territoire luxembourgeois, même en dehors du périmètre sidérurgique.

Il va de soi que toute tentative de restructuration qui irait dans un sens contraire, ceci aussi bien dans le secteur sidérurgique que dans le secteur non-sidérurgique d'Arcelor au Luxembourg, nécessitera la réunion des acteurs sociaux au niveau d'une composition à caractère tripartite avant toute mise en exécution partielle ou totale. Pour le côté syndical, la première priorité vise tant le maintien du tissu industriel que le maintien de tout emploi y lié, tout en espérant que cette priorité est partagée au même degré d'importance par les responsables politiques ainsi que par les responsables patronaux.



Comité d'Action Ligne du Nord beim CFL-Generaldirektor

Am 16. Februar war eine Delegation des Aktionskomitees Nordstrecke beim CFL-Generaldirektor Alex Kremer. Sie trug dem CFL-Chef ihre Sorgen zur beabsichtigten Schließung der Güterdienststelle in Ettelbrück vor und forderte eine weitere gute Betreuung der Fret-Kunden im Norden des Landes. Eine Bedienung ab dem Verschiebebahnhof Bettendorf wird sicher nur eine Lösung auf Zeit sein, die in organisatorischer Hinsicht später bestimmt nicht mehr funktionieren wird. Die geplante Restrukturierung der CFL stehe nicht im Einklang mit einer gewollten dezentralisierten Wirtschaftspolitik. Der Norden dürfe nicht benachteiligt werden. Bei einem Rückzug aus dem Norden verspiele die Bahn sicher die Chance neue Kunden zu bekommen.

Die Eisenbahn, so die Vertreter des Aktionskomitees, sei sicher ein wertvolles Instrument für die Mobilität der Menschen. Auch spiele sie eine wichtige Rolle in der Raumplanung. Darum brauche sie auch unbedingt politische Hilfe. So wollen sie auch die Politik interpellieren. Den CFL-Generaldirektor baten sie, keine voreiligen Entscheidungen zu treffen.

CFL-Generaldirektor Alex Kremer wies auf die Liberalisierungspolitik in der EU hin. Aufgabe der CFL sei, den Fret-Verkehr zu rentabilisieren, vom Staat seien keine Subventionen zu erwarten. Die CFL wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den Güterverkehr auf der Schiene zu halten und darum müssten die Kosten gesenkt werden. Wobei aber nicht auszuschließen sei, dass durch mögliche Reorganisationen ein Teil des Verkehrs von der Schiene auf die Strasse abwandere. Die CFL wollen halt die Logistik ändern, um die Kosten zu drücken. Für Juli dieses Jahres soll die neue Organisation für Ettelbrück stehen.

Der Generaldirektor sagte zu, die Anregungen und Sorgen des Aktionskomitees dem Direktorenvorstand, dem Verwaltungsrat und dem Transportminister vorzutragen.

Die nächste Initiative des Aktionskomitees wird eine Unterredung mit dem Transportminister sein.

Der OGB♦L ist durch seinen Regionalsekretär Frank Arndt in diesem Aktionskomitee vertreten.



Financement de l'assurance maladie

L'OGB♦L demande l'instauration du comité d'accompagnement

Dans sa lettre du 12 février, l'OGB♦L s'adresse au Premier Ministre pour lui rappeler l'instauration du comité d'accompagnement.

... "Lors de la réunion tripartite du 24 novembre 2003 siégeant en matière de financement de l'assurance-maladie à moyen terme, plusieurs mesures structurelles avaient été décidées. A cette occasion, vous avez fait part de l'intention du gouvernement de procéder à une réforme en profondeur pouvant déboucher à l'harmonisation des systèmes de prestations en espèces des régimes ouvriers et employés privés.

Pour ce faire il avait aussi été convenu de faire réaliser une étude dont l'objectif sera d'analyser l'introduction du statut unique pour ouvriers et employés.

Comme les rapports de l'Inspection générale de la sécurité sociale et de l'Union des caisses de maladie y relatifs sont attendus fin mars, nous nous permettons de vous rappeler l'institution respectivement la convocation du comité d'accompagnement, chargé d'analyser les conséquences de ces changements, tel que convenu.

Dans l'attente de vous lire à ce sujet, nous vous prions ..."

René Pizzaferrì

Membre du Bureau Exécutif

John Castegnaro

Président

Copie à Monsieur le Ministre de la Sécurité Sociale, Carlo Wagner

OECD Vorschlag für Maßnahmen gegen Frühverrentung

Warum so, Herr Minister?

Nachdem die am 6. Oktober 2003 vorgestellte OECD-Länderstudie erneut verlangte, das luxemburgische Sozialversicherungssystem und das Arbeitsrecht weiter einzuschränken, also Sozialabbau zu betreiben, hatte der OGB♦L die Frage aufgeworfen, wieso diese Schreibtischtäter aus Paris sich anmaßen, "Kuren" an die Adresse der Arbeitnehmer zu verschreiben, statt sich endlich mit der sozialen Verantwortung der Arbeitgeber auseinander zu setzen.

Im gleichen Zusammenhang hatte der OGB♦L die eindeutige Haltung der Luxemburger Regierung begrüßt, die klargestellt hatte, dass sie keinesfalls auf die Vorschläge der OECD eingehen wird.

Indem der Arbeits- und Beschäftigungsminister François Biltgen in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der OECD, mögliche Wege, die einen Mentalitätswandel herbeiführen könnten aufzeichnete, verstößt er gegen den Geist des Luxemburger Modells indem er die Sozialpartner vor vollendete Tatsachen stellt.

Dies ist für den OGB♦L genauso inakzeptabel, wie das unter dem Deckmantel von pseudo-wissenschaftlichen Analysen propagierte Zurückstutzen der sozialen Leistungen.

Die Diskussion um die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer erfordert Ruhe, Sachlichkeit und die Suche nach konkreten Lösungen. In den nächsten Tagen wird ein gemeinsames Positionsdokument der Berufskammern und der Gewerkschaften der Öffentlichkeit vorgestellt, das zur Versachlichung der Debatte beitragen soll.

Die Komplexität der Diskussion ist an folgendem Beispiel ersichtlich: mit seiner Initiative zur Einführung einer freiwilligen Altersteilzeitarbeit im Rahmen des Konfliktes im Spitalsektor ist der OGB♦L am erbitterten Widerstand der EHL gescheitert. Entgegen ihrer Beteuerung alternative Modelle zu fördern, gab es in diesem Dossier keine Unterstützung von der Regierung, genauso wenig wie sie in Diskussionen um den Ausbau der "préretraite progressive" einlenkt.

Soziale Verantwortung ist nicht nur Sache der Gewerkschaften, auch die Regierung und die Arbeitgeber stehen in der Pflicht.

Der OGB♦L fordert in diesem Zusammenhang erneut das Patronat auf, seine sture Haltung aufzugeben und in die Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung als adäquates Mittel zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit einzulenken.

Vom Mangel an KrankenpflegerInnen und verschärften Zulassungsbestimmungen

Man traut seinen Augen und Ohren nicht! Da beklagen die Unterrichtsministerin und der Gesundheitsminister einen schlimmen Mangel an Krankenpflegern und Krankenpflegerinnen und erhoffen sich vor laufender Kamera, dass in den nächsten Jahren mehr junge Menschen eine Infirmier / Infirmière-Ausbildung beginnen.

Gleichzeitig beobachten wir aber mit großer Besorgnis, dass in den technischen Lyzeen am Ende dieses Schuljahres zwei neue großherzogliche Verordnungen zur Anwendung gelangen, welche den Zugang zum "Régime technique", also dem Bereich des technischen Unterrichts, wo u.a. auch die Krankenpflegerinnen ausgebildet werden, drastisch erschweren. Wendet man diese verschärften Bestimmungen auf die Schülerresultate des ersten Trimesters dieses Schuljahres an, so wäre zahlenmäßig für 2004-2005 noch mit knapp einem Drittel der diesjährigen "10e Régime technique"-Schüler zu rechnen. Voraussichtlich wird der Strom der "Régime technique"-Schüler somit zu einem Bächlein schrumpfen, welches sich in drei weitere Rinnsal- Ausbildungswege, u.a. das der "Formations des professions de santé et des professions sociales" aufteilen wird. Unter diesen Voraussetzungen öffentlich einen Zuwachs an Infirmier-Schülerinnen zu beschwören, grenzt an Zynismus.

Ist die Frau Unterrichtsministerin etwa nicht in Kenntnis der voraussichtlichen Auswirkungen ihrer eigenen Verordnungen? Oder sind wir bereits mit ersten Ausbrüchen des Wahlkampf fiebers konfrontiert?

Der SEW/OGB♦L hatte besagte drastische Verschärfung der Promotionsbestimmungen abgelehnt und vor den Konsequenzen gewarnt. Wir hatten in unserer Beurteilung die Meinung vertreten, die Probleme unserer Schule und unserer Gesellschaft und Wirtschaft könnten nicht gelöst werden durch eine Orientierung der Schüler in weniger anspruchsvolle Ausbildungswege, sondern im Gegenteil durch eine konsequente Förderung der Kinder und Jugendlichen und die Steigerung ihres Leistungsvermögens. Dies erfordert allerdings eine individualisierte Betreuung vom 1. Schuljahr an, die Schaffung von Hilfsstrukturen neben dem normalen Unterricht, eine konsequente Auseinandersetzung mit dem Sprachenproblem in unseren Schulen, die Anregung der pädagogischen Forschung in spezifischen Problembereichen unseres Schulsystems, eine Reform der Methoden und Inhalte, eine bessere Ausbildung der Lehrkräfte, sowie die Förderung der Autonomie und der Verantwortung der Schulpartner; kurzum eine wirkliche Bildungsoffensive - mittelfristig und lang-

fristig. Dass dies viel Geld und viel politisches Engagement kostet, wissen wir. Aber dass dies unerlässlich und der Mühe wert ist, wissen wir auch.

Das Beispiel des Mangels an qualifiziertem Personal im Gesundheitswesen streicht erneut die Lebenswichtigkeit - hier im wahrsten Sinne des Wortes - einer guten Schule hervor. Wie eine rezente Umfrage der Universität Luxemburg im Auftrag der Abgeordnetenkommission zeigt, gehört die Erziehung zu den Prioritäten der Wähler.

Die Regierung scheint diese Vorrangigkeit noch nicht erkannt zu haben!



Der Interregionale Gewerkschaftsrat besorgt über Soziallage

Unter Vorsitz von Jean-Claude Reding tagte der Interregionale Gewerkschaftsrat (IGR) am 27. Januar 2004 auf Kirchberg. Im Rahmen dieser Sitzung berichteten die regionalen EURES-Berater über ihre Tätigkeit im Bereich der Beschäftigungsberatung von Grenzgängern und machten insbesondere auf zwei Probleme aufmerksam: die Doppelbesteuerung von in Deutschland wohnenden LKW-Fahrer, die für Luxemburger Transportfirmen arbeiten, sowie die Schwierigkeiten die Grenzgänger im Falle von Beschäftigungsunfähigkeit auf Grund der neuen luxemburgischen Invaliden-Regelung erfahren. Bei Letzterem geht es darum, dass während der Prozedurperiode für die Anerkennung der Invalidität, der Grenzgänger weder Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung in Luxemburg noch in seinem Heimatland hat.

Was die Wirtschafts- und Soziallage in der Großregion anbelangt, stellte der IGR fest, dass in allen Regionen die Arbeitslosenquote weiterhin ansteigt und dass die Betriebsumstrukturierungen weiter auf dem Vormarsch sind, mit den bekannten negativen Auswirkungen auf die Beschäftigungsquote.

Zur einer ähnlichen Feststellung kam auch der europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und ruft deshalb all seine Mitglieder auf, am 2. und 3. April in allen europäischen Ländern gewerkschaftliche Aktionen durchzuführen. Dies insbesondere um die breite Öffentlichkeit über die Gefahren für die Zukunft eines sozialen und bürgerfreundlichen Europas aufmerksam zu machen. Auch in der Großregion werden solche Aktionen stattfinden.

Nachmittags hat der IGR sich im Rahmen einer Konferenz mit den unterschiedlichen Bildungssystemen der drei Länder Deutschland, Frankreich und Luxemburg auseinandergesetzt. Diese Konferenz schloss eine Serie von drei Konferenzen zum Thema Bildungspolitik ab. Die vorherigen Veranstaltungen befassten sich mit der Weiterbildungs- und Hochschulpolitik in der Großregion. Ausgehend von den Ergebnissen dieser Analysen wird der IGR ein Positionspapier mit konkreten Vorschlägen für eine intensivere grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bildungsbereich an die aktuelle lothringische Präsidentschaft der Großregion richten.



Jean-Claude Reding, IGR-Vorsitzender und Mil Lorang, Sitzungssekretär



Teilnehmer IGR-Konferenz vom 27. Januar 2004

Europäischer Gewerkschaftsbund

Das soziale Europa in Gefahr

Im Rahmen der EGB Kampagne "Unser Europa - Europa sind wir" hatte das gemeinsame Europasekretariat der CGT-L (OGB•L, FNCTTFEL und FLTL) und des LCGB den beigeordneten Generalsekretär des EGB, Reiner Hoffmann ins hauptstädtische Casino Syndical eingeladen.

Allen Unkenrufen, dass mit europäischen Themen niemand hinter dem Ofen hervorzulocken wäre, zum Trotz, waren fast 200 Militanten der Einladung gefolgt.

Reiner Hoffmann gelang es den interessierten Zuhörern einen Überblick über aktuelle europäische Themen zu geben. Er erläuterte unter anderem die Positionen des EGB in Fragen des Stabilitätspaktes, der Steuerpolitik, des gescheiterten

Konvents und der Finanzierung der Sozialversicherungen. Er bedauerte, dass inzwischen auch so genannte Mitte-Links-Regierungen dazu übergegangen sind, sich an der fast europaweiten Umverteilung des Reichtums von unten nach oben kritiklos zu beteiligen.

Das Europasekretariat sieht diese gelungene Konferenz als Auftakt der luxemburgischen Beteiligung im Rahmen der EGB Kampagne.

Nico Clement

(siehe auch den nebenstehenden Aufruf des EGB)



ETUC Kampagne

Unser Europa – Europa sind wir

Europäischer Aktionstag 2. und 3. April 2004

Das soziale Europa ist ebenso in Gefahr wie die nationalen Tarifverhandlungs- und Sozialstaatssysteme der einzelnen Mitgliedstaaten. Es gibt vielerorts Versuche der Regierungen, einschließlich der linken Mitte:

- den Sozialstaat einseitig abzubauen;
- öffentliche Versorgungsleistungen zu privatisieren;
- den sozialen Dialog zu untergraben;
- neue soziale Maßnahmen in Europa zu blockieren;
- das aus den USA stammende Shareholder-Value-Konzept zur Zielsetzung unternehmerischen Handelns zu machen, das im Gegensatz zum Konzept des Stakeholder-Value und des sozialen Dialogs in Europa steht.

Der europäische Binnenmarkt hat immer gewaltige Veränderungen und einen enormen Strukturwandel für Millionen von erwerbstätigen Menschen hervorgerufen. Der Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten zum 1. Mai 2004 wird den Kapital- und Personenverkehr weiter erhöhen. Beide Entwicklungen würden vom EGB unter der Bedingung unterstützt, dass eine starke soziale Plattform der Arbeitnehmerrechte, des sozialen Dialogs, der Tarifverhandlungen, eines akzeptablen Sozialstaats und hochwertiger öffentlicher Versorgungsleistungen und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse gesichert und weiterentwickelt werden, um den Menschen bei der Bewältigung des Wandels zu helfen.

Dies geschieht gegenwärtig nicht.

Der EGB unterstützt eine neue Verfassung für Europa und bedauert die Unfähigkeit der Regierungen, sich auf der Grundlage des Ergebnisses des Konvents zur Zukunft Europas zu einigen. Der EGB wünscht sich jetzt, dass frühzeitig gehandelt wird, um sich auf eine kohärente Verfassung mit starker sozialer Dimension zu verständigen. Sonst wird Europa in eine Sackgasse geraten, und die Aussichten auf soziale Schritte nach vorne werden in noch weitere Ferne rücken.

Der EGB ruft daher alle seine nationalen und europäischen Mitgliedsverbände auf, am 2. und 3. April 2004 in ganz Europa:

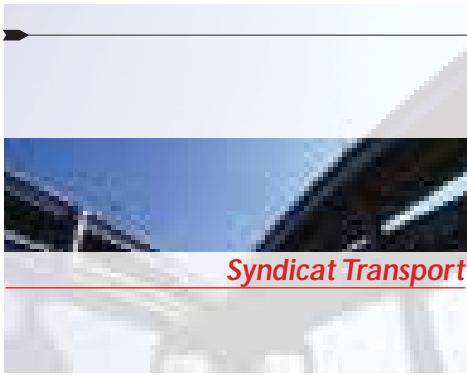
- Protestaktionen und Demonstrationen in den Hauptstädten und in anderen großen Städten Europas zu organisieren;
- Konferenzen und Informationsveranstaltungen zu organisieren, um das Bewusstsein der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für das, was auf dem Spiel steht, zu stärken und sie vor den Gefahren des American Way of Business und seines alleinigen Vertrauens auf den Shareholder-Value zu warnen;
- Medienkampagnen zu organisieren, bei denen unsere Argumente für ein starkes soziales Europa als gleichendes Element des Binnenmarkts und als Beitrag zu einer erfolgreichen Vereinigung Europas im Mittelpunkt stehen.

Wir wollen am 2. und 3. April möglichst viele Menschen in unterschiedlichen Formen einbeziehen. Wir müssen Bewegung in das Denken der Regierungen, der Unternehmen und aller Bürgerinnen und Bürger bringen.

Wir müssen aufstehen und uns einsetzen für:

- eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte;
- mehr und bessere Arbeitsplätze
- Bildung, Qualifizierung und lebensbegleitendes Lernen
- eine sozial ausgerichtete und kohärente Verfassung
- mehr sozialen Zusammenhalt
- Chancengleichheit und Toleranz
- soziale Sicherung für die Zukunft
- nachhaltige Entwicklung für eine gesunde Umwelt
- starke und leistungsfähige Dienste von Allgemeininteresse
- Mobilität und soziale Integration
- eine Stärkung der transnationalen Gewerkschaftsrechte

Unser Europa ist ein soziales Europa - Ein soziales Europa ist unser Europa.



Affaire Kralowetz

Début de 200 procès individuels

Environ 200 ex-chauffeurs Kralowetz attendent, depuis la mise en faillite du groupe, le 8 février 2002, le paiement de leurs salaires.

La curatrice refuse de reconnaître les contrats de travail des chauffeurs d'origine bulgare, tchèque et slovaque.

Les chauffeurs n'étaient pas affiliés à la sécurité sociale et n'étaient pas payés selon les dispositions de la convention collective en vigueur.

L'OGB•L, qui a accordé assistance juridique aux chauffeurs, revendique qu'ils obtiennent leurs salaires légalement dus.

Les 16 premiers procès ont été plaidés le 16 février 2004 devant le tribunal du travail à Esch-sur-Alzette.

En janvier 2002, environ 200 chauffeurs Kralowetz se sont rendus en camion au Luxembourg après que leur employeur, Karl Kralowetz, fut arrêté. En date du 18 avril 2002, Karl Kralowetz fut condamné, devant la Chambre correctionnelle du tribunal d'arrondissement de Luxembourg, à 6 mois de prison ferme et à une amende de 9.900€. Après avoir été transmis en Allemagne, il fut condamné, en date du 13 juin 2002, à 3 ans et 8 mois de prison ferme devant le tribunal de Munich. Mi-décembre 2003, Karl Kralowetz fut transmis vers l'Autriche où il a pu quitter la prison après avoir payé une caution de 900.000€.



Affaire Kralowetz

Auftakt von 200 Prozessen

Rund 200 ehemalige Kralowetz-Fahrer warten seit dem Konkurs des Kralowetz-Imperiums am 8. Februar 2002 auf ihren Lohn.

Die Konkursverwalterin verweigert die Anerkennung sämtlicher Arbeitsverträge der Fahrer, die allesamt aus Bulgarien, der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik stammen.

Die Fahrer waren weder sozialversichert noch wurden sie gemäß den Bestimmungen des Kollektivvertrags für Lkw-Fahrer entlohnt.

Der OGB•L hat den Fahrern Rechtsschutz gewährt und verlangt, dass sie nun in den Genuss des gesetzlich festgesetzten Lohns gelangen.

Die ersten 16 Prozesse wurden am Montag, den 16. Februar 2004 um 15.00 Uhr vor dem Arbeitsgericht in Esch/Alzette verhandelt.

Im Januar 2002 waren rund 200 Kralowetz-Fahrer mit den LKWs der Firma in Luxemburg gestrandet, nachdem ihr Arbeitgeber verhaftet worden war. Am 18. April 2002 wurde Karl Kralowetz vor der „Chambre correctionnelle“ des Bezirksgericht Luxemburgs zu 6 Mona-



ten Haft und zur Zahlung einer Geldstrafe von 9.900€ verurteilt. Nach seiner Ausweisung nach Deutschland, wurde er am 13. Juni 2003 vor dem Oberlandesgericht in München zu 3 Jahren und 8 Monaten Haft verurteilt. Mitte Dezember 2003 wurde Karl Kralowetz nach Österreich ausgewiesen. Dort kam er gegen Zahlung einer Kaution von 900.000€ auf freien Fuss.



Mobilität.lu

Kein Mitspracherecht für die Beschäftigten?

Die Transportproblematik und die Verbesserung des öffentlichen Transports im besonderen wird ohne Zweifel eine der großen Herausforderungen für die Zukunft sein.

Zur Zeit greifen lediglich zwischen 12 und 14 Prozent der Bevölkerung auf öffentliche Transportmittel zurück. 80 Prozent legen ihre Strecke nach wie vor im Auto zurück.

Das von Transportminister Henri Grethen hinterlegte Gesetzprojekt über den öffentlichen Transport hat zum Ziel, den Anteil des öffentlichen Transports auf ein Viertel heraufzuschrauben.

Auch wenn der OGB♦L mit den allgemeinen Zielen des Gesetzprojektes einverstanden ist, so richtet sich seine Kritik in der Hauptsache gegen die Strukturen und die Funktionsweise der zu gründenden „Régie Générale des Transports Publics“ (RGTP), einem öffentlich-rechtlichen Unternehmen, das in Zukunft für die Förderung und den Ausbau des öffentlichen Transports zuständig ist. Zum Aufgabengebiet der RGTP gehört auch die Gründung einer so genannten Mobilitätszentrale, die als Anlaufstelle für die Benutzer dienen soll.

Gewerkschaften ausgeschlossen

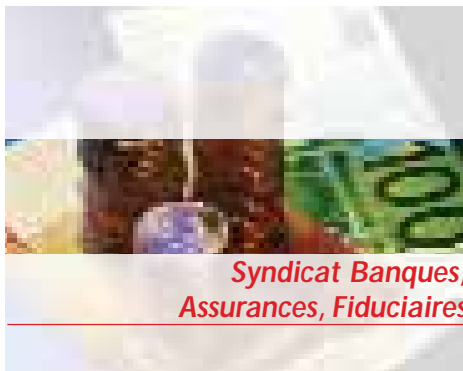
Die Verwaltung der RGTP soll, gemäß Gesetzprojekt, von lediglich 5 vom Minister ernannten Verwaltungsratsmitgliedern erfolgen, die mindestens 2 Mal im Jahr zusammenkommen. Der OGB♦L fordert, die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder zu erhöhen und den Verwaltungsrat so zu gestalten, dass wichtige Interessengruppen, unter anderem Gewerkschaften, darin vertreten sind. Damit die Verwaltung der RGTP repräsentativ für das Großherzogtum ist, müssen sowohl die politisch Verantwortlichen aus dem Transportministerium und den Gemeinden, als auch die einzelnen Transportträger, die Benutzer und vor allem die Arbeitnehmer (z.B. über die Berufskammern) ein Mitspracherecht haben. Laut vorliegendem Text

wird eine Arbeitnehmervertretung nicht einmal berücksichtigt, das Mitspracherecht der Benutzer wird auf eine rein beratende Funktion beschränkt.

Nur unter Einbeziehung aller Interessenvertretungen ist es möglich, den öffentlichen Transport optimal zu gestalten.

In dem Sinne fordert der OGB♦L, im Gesetz eine verbindliche Prozedur vorzusehen, die ein Informations- und Konsultationsrecht schafft für die national repräsentativen Gewerkschaften der Beschäftigten aus den Unternehmen, die von den Entscheidungen der RGTP betroffen sind.

Ferner müsste das Gesetz, um effizient zu sein, auch anwendbar sein auf die lokalen, gemeindeeigenen Dienste (z.B. AVL – städtische Busse). Darüber hinaus stellen sich einige arbeitsrechtliche Probleme, vor allem im privaten Busbereich, die es zu regeln gilt, bevor das Gesetz zur Abstimmung kommt.



OGB♦L/SBA et LCGB-SESF

Le ras-le-bol syndical : convention collective des employés de banques

Le 8 décembre 2003 s'est tenue la première réunion de négociations entre l'ABBL et les syndicats. D'entrée de jeu, le patronat a tenté d'arracher une larme aux représentants syndicaux en débutant la séance par les traditionnelles lamentations quant à la situation économique du secteur financier et ce, bien que les banques affichent des résultats exceptionnels et malgré que pour l'année 2003, les frais de personnel aient diminué de 3,6% et que le cost/income ratio de la place se situait à 43% (taux

que les banques des autres places financières, et non des moindres, n'envisagent même pas dans leurs rêves les plus fous !).

Lors de cette première entrevue, l'ABBL a également affiché clairement ses intentions : une convention 0% et la neutralisation d'un éventuel saut d'index qui se produirait courant 2004. Pour se faire, le patronat entend : supprimer les primes de ménage pour les nouveaux engagés, réduire les automatismes et diminuer sensiblement la prime de juin.

Cela constitue, pour les syndicats OGB♦L/SBA et LCGB-SESF, un affront envers les employés et une attaque inacceptable au modèle social luxembourgeois. Attaque d'autant plus scandaleuse que Lucien Thiel, directeur de l'ABBL se présente sous la bannière de la CSV aux élections nationales.

Pour le LCGB-SESF et l'OGB♦L/SBA, une des priorités absolues est le maintien de l'emploi. Pour rappel, 1.500 emplois ont été détruits dans les banques au cours des 18 derniers mois. Nous avons donc proposé une série de mesures très concrètes et ayant déjà fait leurs preuves dans certaines banques afin de sauvegarder le plus d'emplois possibles : réduction collective du temps de travail, droit au temps partiel, fin de carrières aménagées, accès à la préretraite anticipée, congé sans solde, formation de réorientation...

L'OGB♦L/SBA et le LCGB-SESF ont demandé à discuter de ces mesures prioritairement. Des réunions ont eu lieu les 19 décembre ainsi que les 22 et 26 janvier. Les deux dernières réunions des 5 et 8 février ont, elles, été annulées par l'ABBL.

Après deux mois, nous devons faire le constat désolant qu'il existe une volonté très nette de blocage systématique face à l'ensemble de nos propositions. Le maintien de l'emploi n'est pas une priorité pour l'ABBL qui refuse de prendre ses responsabilités face à ses employés.

Le comble de la mauvaise foi s'est aussi exprimé par le refus de l'ABBL de transposer dans la Convention collective des banques l'accord national qu'elle

a signé quelques mois plus tôt dans le cadre de l'UEL et qui accorde un droit à l'accès individuel à la formation pour les salariés !

Nous sommes profondément choqués par l'attitude de l'ABBL qui a opté pour la stratégie de faire traîner les discussions en longueur à la fois pour noyer le poisson mais aussi certainement pour tenter d'arracher une signature avant le paiement des primes de juin comme cela a trop souvent été le cas.

OGB•L/SBA und LCGB-SESF

Genug ist genug! Kollektivvertrag im Bankensektor

Am 8. Dezember 2003 fand die erste Verhandlungsrunde zwischen der ABBL und den Gewerkschaften statt. Von Beginn an versuchten die Arbeitgeber, das Mitleid der Gewerkschaftsvertreter zu erwecken, indem sie über die schlechte Wirtschaftslage im Finanzsektor klagten, obwohl die Banken hervorragende Ergebnisse erzielt haben, die Personalkosten in 2003 um 3,6% gefallen sind und die Cost-Income-Ratio der Branche bei 43% lag (eine Rate, von der die Banken an anderen florierenden Finanzplätzen nur träumen können!).

Bei diesem ersten Treffen brachte die ABBL auch ihre Ziele deutlich zum Ausdruck: einen Abschluss über 0% sowie die Neutralisierung einer etwaigen Indexanhebung im Jahr 2004. Dazu beabsichtigen die Arbeitgeber, die Haushaltszulage für Neuestellte abzuschaffen, automatische Gehaltserhöhungen zu verringern und die Juniprämie deutlich zu senken.

Nach Ansicht des OGB•L/SBA und des LCGB-SESF stellt dies einen Affront gegen die Angestellten und einen unannehmbaren Angriff auf das luxemburgische Sozialmodell dar. Dieser Angriff ist insofern noch schimpflicher, als der ABBL-Direktor Lucien Thiel bei den luxemburgischen Wahlen für die CSV antritt.

Für den LCGB-SESF und den OGB•L/SBA hat die Beschäftigungssicherung oberste Priorität. Denn in den letzten 18 Monaten wurden 1.500

Arbeitsplätze im Bankensektor gestrichen. Daher schlugen wir zur Erhaltung möglichst vieler Stellen eine ganze Reihe an konkreten Maßnahmen vor, die sich bereits in einigen Banken bewährt haben: kollektive Verkürzung der Arbeitszeit, Recht auf Teilzeitarbeit, flexible Gestaltung des Karriereendes, Vorruhestandsregelungen, unbezahlter Urlaub, Umschulungsmaßnahmen.

Der OGB•L/SBA und der LCGB-SESF baten darum, vorrangig über diese Maßnahmen zu sprechen. Am 19. Dezember sowie am 22. und 26. Januar fanden weitere Verhandlungen statt. Die beiden letzten Treffen am 5. und 8. Februar wurden von der ABBL abgesagt.

Nach zwei Monaten müssen wir leider feststellen, dass alle unsere Vorschläge eindeutig willentlich und systematisch abgeblockt werden. Für die ABBL, die

ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Angestellten nicht nachkommt, ist die Erhaltung von Arbeitsplätzen anscheinend nachrangig.

Der Gipfel der Unaufrichtigkeit war jedoch die Weigerung der ABBL, im Banken-Kollektivvertrag den nationalen Vertrag umzusetzen, den sie im Rahmen der UEL wenige Monate zuvor unterzeichnet hatte und wonach jeder Angestellte ein Anrecht auf Fortbildungsmaßnahmen hat.

Wir sind äußerst entrüstet über die Haltung der ABBL, die sich entschieden hat die Diskussionen unendlich in die Länge zu ziehen, um die Gewerkschaften zu ermüden, aber sicherlich auch um eine Unterzeichnung noch vor der Auszahlung der Juniprämie zu erreichen, wie dies in der Vergangenheit nur allzu häufig der Fall war.



Nouveau

L'OGB♦L élargit son offre de services

**Conditions préférentielles
auprès de la DEXIA-BIL**

Depuis peu les conditions préférentielles pour un ensemble de prestations et de produits de la Dexia/Banque Internationale ont été renégociées et améliorées.

**Dans une prochaine édition de notre
AKTUELL/ACTUEL nous reviendrons en détail
sur les nouveaux services.**

*Les secrétaires régionaux en formation à
la Dexia/Bil pour mieux vous conseiller.*



**Banque Internationale
à Luxembourg**



**Syndicat des Services Privés
de Nettoyage**

À tous les membres OGB♦L du secteur Nettoyage

Chère collègue, Cher collègue,

Par la présente nous avons l'honneur de t'inviter à
la **Journée syndicale du Syndicat
Services Privés de Nettoyage**
de l'OGB♦L
qui se tiendra

**12 mars 2004 à 18.30 heures
au Casino Syndical de Bonnevoie (2ième étage)**

Cette journée syndicale étant d'une importance primordiale pour les salariés du secteur Nettoyage, nous te prions de bien vouloir réserver dès à présent cette date.

Estelle WINTER
présidente

Léon JENAL
secrétaire central

Invitation **Einladung**

An alle OGB♦L-Mitglieder des Reinigungssektors.

Werte Kollegin, Wertter Kollege,

Hiermit laden wir Dich zum
**Syndikatstag des Syndikates
Private Reinigungsdienste**
des OGB♦L ein,
welcher statt findet am:

**12. März 2004 um 18.30 Uhr
im Bonneweger Casino (2. Etage)**

Da dieser Syndikatstag für die Arbeitnehmer des Reinigungssektors von bedeutender Wichtigkeit ist, bitten wir Dich jetzt schon dieses Datum vorzumerken.

Estelle WINTER
Präsidentin

Léon JENAL
Zentralsekretär

SANTE ET SECURITE AU TRAVAIL



invite

les délégués à la sécurité

à participer à la formation spécifique intitulée

*« L'introduction aux principes de prévention
des risques professionnels ».*

La durée de cette formation est de 2 ans. Le 1^{er} module comprend
4 jours de formation et se tiendra au
Centre de formation de la Chambre de travail à Remich les

22, 23 avril & 17, 18 juin 2004 en langue française

1, 2 juillet & 27, 28 septembre 2004 en langue lux/allemande.

Programme du 1^{er} module, première année:

- Structures organisationnelles
- Méthodologie de maîtrise des facteurs de risques
 - Analyse ergonomique d'un poste de travail

Le module de perfectionnement aura lieu au courant de l'année 2005.

Intervenants : C. Sonda et A. Giardin

Pour toute inscription ou tout renseignement supplémentaire
veuillez contacter Mme R. Santini ou M. B. Serres
Tél. 26 66 13-1 ou par e-mail ifes@ifes.lu

Département des travailleurs handicapés de l'OGB♦L

Un nouveau service pour nos membres

A partir du premier mars 2004,
Joël Delvaux, président du DTH/OGB♦L
est à la disposition de nos membres
tous les mercredis de 8h00 à 12h00 et de 14h00 à 18h00
au numéro téléphonique 26 84 56 45.



Die Abteilung Behinderte Arbeitnehmer des OGB♦L

Eine neue Dienstleistung für unsere Mitglieder

Ab dem 1. März 2004,
steht der Kollege Joël Delvaux unseren Mitgliedern
jeden Mittwoch von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr
zur Verfügung.
Joël Delvaux ist über die Telefonnummer
26 84 56 45 zu erreichen.

INVITATION

***Assemblée générale en présence de Mme Marie-Josée Jacobs,
Ministre de la Famille, de la Solidarité sociale et de la Jeunesse***

Le département des travailleurs handicapés (DTH) de l'OGB♦L est ouvert à tous les membres de l'OGB♦L qui ont le statut de travailleur handicapé.

L'assemblée générale ordinaire du département
aura lieu le

**23 mars 2004
de 19h00 à 21h00
au siège de la**

**Chambre des employés privés (CEPL)
13, rue de Bragance à Luxembourg.**

L'assemblée, qui est ouverte à tous les membres, permettra de faire le bilan des activités de la première année d'activités du DTH et de dresser le programme pour l'année à venir.

Mme Marie-Josée Jacobs, Ministre de la Famille, de la Solidarité sociale et de la Jeunesse, participera à cette assemblée pour présenter la nouvelle législation sur les personnes handicapées, sa mise en application et pour faire un bilan sur l'année européenne des personnes handicapées. Une discussion est prévue à la suite de l'intervention de Mme la Ministre.

Déclarations d'impôts



Comme les années précédentes, l'OGB♦L vous propose un service gratuit pour compléter vos déclarations d'impôts.

Dans le but de faciliter notre organisation de rendez-vous et afin de vous éviter de longues attentes au téléphone, nous vous saurions gré de bien vouloir compléter le formulaire ci-dessous et de nous le retourner dans les meilleurs délais.

Demande de rendez-vous pour compléter des déclarations d'impôts

Nom: Prénom:

Adresse:

Localité: Pays:

Téléphone: privé: travail:

Date de naissance: marié(e)*: oui non

Nombre d'enfants:

Nombre des déclarations d'impôts:

Préférence pour le rendez-vous*: matin après-midi

Veuillez me contacter avant de fixer un rendez-vous

* cocher la case correspondante

Travailleurs Frontaliers Belgo-Luxembourgeois

Nous sommes à votre écoute
près de chez vous !

L'OGB♦L, le syndicat le plus puissant de
Luxembourg organise des

PERMANENCES SOCIALES à AYWAILLE

dans les locaux de la FGTB, rue L. Libert 22,
les 1er et 3ème lundis et jeudis
de chaque mois de 14h30 à 17h30.

Renseignements :

Tél.: 04-384 81 52 ou 00 352 50 73 86
Ensemble assurons l'avenir !

Préavis - Vorankündigung

Die zentrale 1.Mai-Feier der
CGT-Gewerkschaften
(OGB♦L-FNCTTFEL-FLTL)
findet dieses Jahr in Schifflingen statt.

La fête centrale du 1er mai de la
CGT-L (OGB♦L-FNCTTFEL-FLTL)
aura lieu cette année à Schifflange.



Chiennne de Vie



DONNEZ-NOUS UNE ROUTE ...

Le parc d'activités "Gadderscheier" à Differdange, vous connaissez ?

Sur le parc d'activités en question, la société RECYMA exploite depuis plusieurs années et encore pour plusieurs mois une décharge. En contre-bas de cette décharge, plusieurs entreprises se sont installées ces derniers mois en vue bien entendu d'avoir une situation mieux adaptée à leurs activités et besoins.

Rien de plus normal jusque là.

Cependant, un hic, un gros hic pour les salariés de ces entreprises qui doivent emprunter journallement la route dans ce parc d'activités pour arriver à leur travail.

Cette dernière est utilisée tous les jours par plus de 500 camions et plus de 200 voitures et ne répond à aucune exigence de sécurité conformément à la réglementation en vigueur au Grand-Duché de Luxembourg. Cette piste d'accès n'est pas adaptée au trafic actuel et les salariés empruntant cette route rencontrent chaque jour des conditions dangereuses de circulation : manque de signalisation, aucun entretien durant les périodes de verglas et d'enneigement, problème de visibilité en cas de brouillard, projection de gravats sur les carrosseries des voitures ...

La plupart des salariés en seront quitte pour refaire une peinture complète de leur carrosserie et à leur frais, cela va de soi.

Qui est responsable de cette situation ?

On ne se sait pas trop, chacun se renvoyant la balle.

Malgré plusieurs interventions de la part des entreprises travaillant sur ce site, il semble que la situation ait du mal à se débloquer.

Quoiqu'il en soit, les salariés devant accéder à leur entreprise devront s'armer de patience, car certains pensent certainement : « bientôt le printemps et ses conditions de circulation moins difficiles, ce qui ne sera pas le cas de cette route ».

Alors de grâce, Messieurs les responsables, prenez rapidement les mesures qui s'imposent avant qu'un travailleur ne se prenne un 38 tonnes *en pleine tronche*.

A ce moment là, il sera trop tard !

Philippe Manenti

Permanences spéciales déclaration d'impôts pour l'année 2003

Bureaux de la section des frontaliers français
de l'OGB♦L à Audun-le-Tiche
du 22 mars 2004
au 31 mars 2004
(uniquement sur rendez-vous)

Prière de prendre rendez-vous auprès du
secrétariat lors des permanences de la section
mardi de 14h00 à 18h00
jeudi de 16h00 à 18h00
vendredi de 14h00 à 18h00
au tél.: 03 82 50 32 50

**Fête Centrale
du 1er mai de la CGT-L
à Schifflange**

Réponse de Monsieur Jean-Claude Juncker concernant la "retenue" de la fiche de retenue d'impôt par l'employeur (dont nous avons publié, dans Aktuell de novembre/décembre 2003, un extrait du courrier que lui avait adressé la section des frontaliers français).

GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG

Luxembourg, le 21 JAN. 2004

MINISTÈRE DES FINANCES

Références: 1279, 3/03 (v. II)
Adresses:

OGB-L
Section des frontaliers français
Monsieur Philippe Manenti
64, rue Maréchal Foch
B.P. 41

F-57390 Audun-le-Tiche

Objet : Réponse à votre lettre du 24 novembre 2004 concernant la « restitution de la fiche de retenue d'impôt par l'employeur »

Monsieur Manenti,

Le règlement ministériel du 18 septembre 1987 portant exécution de l'article 143 de la loi concernant l'impôt sur le revenu stipule à l'alinéa 2 de l'article 27 que :


« En cas de changement d'employeur ou de caisse de pension en cours d'année dans les cas autres que la prise en charge d'un salarié par une caisse de maladie durant une période d'incapacité de travail pour maladie ou accident ou durant un congé de maternité, l'ancien employeur ou l'ancienne caisse de pension remet au salarié ou au pensionné la fiche de retenue après y avoir porté l'extrait de compte prévu par l'article 8 du règlement de procédure de la retenue. »

L'alinéa 4 du même article 27 du règlement précité continue par :

« Si, dans les cas prévus au présent article, l'employeur ou la caisse de pension refuse de remettre la fiche de retenue au salarié ou au pensionné, il peut être fait appel aux agents de la force publique qui sont tenus d'en prendre livraison auprès de l'employeur ou de la caisse de pension et de la remettre au salarié ou pensionné. »

Quoique en théorie la possibilité soit donnée de faire recours aux forces de l'ordre pour récupérer une fiche de retenue d'impôt auprès de l'employeur, se trouvant souvent en de mauvais termes avec son ancien salarié, dans la pratique il suffit dans la majorité des cas d'une intervention téléphonique de la part du bureau compétent en matière de retenue d'impôt sur traitements et salaires de l'employeur en question pour régler ce genre de problème.

Ainsi, dans un premier temps, il suffit au salarié de s'adresser à un des trois bureaux régionaux de la retenue sur traitements et salaires pour exposer son problème. Il appartient alors au bureau compétent de la retenue d'impôt qui sera informé en définitive de la situation, d'évaluer le problème et de recourir à des mesures appropriées en vue d'aboutir à une solution satisfaisante.



Jean-Claude Juncker
Ministre des Finances

Adresse postale: L-2931 Luxembourg

Bureaux: 3, rue de la Congrégation

Téléphone: 478-1
Telex: 2790 ETAFIN LU
Téléfax: 47 52 41

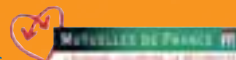
140000 - 01/04

Couverture Santé et Prévoyance Transfrontalière



L'OGB•L offre à ses membres depuis toujours une multitude de services dans différents domaines. C'est à ce titre qu'en 1997 nous avons signé un accord de partenariat avec la mutuelle M.G.T.L, affiliée aux Mutuelles de France.

Dans le souci de répondre au mieux à vos attentes et à vos besoins en matière de protection sociale, M.G.T.L vous propose aujourd'hui une nouvelle offre mutualiste "SANTÉ-PREVOYANCE" spécialement créée pour votre statut de Frontalier.



Vous êtes intéressé :
il suffit de retourner le coupon réponse
ci-dessous dûment complété à
M.G.T.L - BP 90 - 54190 VILLERUPT

Vous avez des questions :
n'hésitez pas à contacter un(e) des
conseiller(e) mutualiste M.G.T.L au
03 82 89 20 03

COUPON RÉPONSE À RETOURNER À : M.G.T.L - BP 90 - 54190 VILLERUPT
Je souhaite recevoir le document "Couverture Santé et Prévoyance Transfrontalière"

Régime Local Régime Général

Mr Mme Prénom

Adresse

Code postal

Ville



John Castegnaro
Président

Esprit de dialogue ou conflit ?

La culture de gestion des conflits au Luxembourg, le consensus ou le consensualisme, a toujours suscité et continue de susciter un grand nombre de réflexions et d'interprétations. Nous avons en effet construit au fil des décennies un modèle qui permet l'obtention de résultats à travers le dialogue, ou l'opposition, et ces aboutissements ont donné naissance dans notre pays à une forme de relations et à un tissu social dans lequel les conflits sont pratiquement exclus. Ce modèle inspire en outre aux citoyens, à quelques exceptions près, un sentiment de sécurité dans la plupart des circonstances.

Lorsque d'aucuns, dans le contexte d'un chômage grandissant et d'une économie morose, parlent de moderniser le système de sécurité sociale, ils attisent davantage les craintes qu'ils n'émettent de signes positifs. Il en va de même des discussions souvent, voire quasi toujours, menées inutilement sur les dangers d'un État de 700 000 habitants ou, dans le même ordre d'idées, sur la problématique des nombres excessifs de travailleurs frontaliers, d'étrangers et, depuis peu, de demandeurs d'asile.

C'est également grâce à la présence de ces citoyens que le Luxembourg a pu acquérir sa richesse dans sa pleine mesure. Si nous souhaitons sauvegarder notre niveau de vie, nous avons à nouveau besoin de ces mêmes citoyens, dont nous devons faciliter l'intégration dans notre petite société luxembourgeoise par une attitude ouverte et équitable.

Tendances de la campagne électorale

De toute évidence, les prochaines élections parlementaires projettent leur ombre de plus en plus fortement. L'on peut espérer que les discours des partis politiques et des candidats resteront aussi objectifs que possible. Cet espoir s'adresse toutefois également à tous les autres acteurs de la scène économique, politique et sociale, y compris donc les organisations syndicales et patronales. Après les élections, la réalité ne tardera pas en effet à reprendre ses droits et les erreurs grossières commises au niveau de l'attitude risquent d'engendrer un handicap durable ou un préjudice persistant sur le plan de la cohabitation. Une culture de gestion des conflits, dans le sens d'un dialogue ouvert et de la recherche de solutions appropriées, demeure dans un petit pays le préalable fondamental pour parvenir à surmonter ensemble et solidairement les grandes comme les petites difficultés.

La compétitivité n'est pas la panacée

Dans le débat essentiel, encore à venir, sur l'avenir du Luxembourg, un aspect non négligeable, celui de la compétitivité du territoire économique luxembourgeois, est régulièrement abordé. La Tripartite nationale s'est enfin décidée à s'atteler à cette question et a d'ores et déjà entrepris quelques mesures préliminaires à cette fin. Parmi ces actes figurent l'institution d'un observatoire chargé de l'analyse et de la détermination des critères de concurrence, la sélection d'un expert étranger en la personne d'un scientifique et chercheur, la désignation d'un comité d'accompagnement composé de membres de la Tripartite, ainsi que d'autres structures d'accompagnement.

L'OGB•L a toujours déclaré qu'il souhaitait un tel débat, qu'il ne le craignait pas, et qu'il y participerait et assumerait ses responsabilités en conséquence. L'ordre du jour précis n'est pas encore fixé, mais les travaux devront en fin de compte aboutir à l'élaboration d'un plan d'action pour l'amélioration de la compétitivité. La tâche ne sera pas aisée, mais elle est indispensable.

Pour rappel, le prédécesseur de la loi sur la Tripartite du 24 décembre 1977 était un « plan d'action pour le plein emploi et la croissance économique ». Cela signifie sans ambiguïté à nos yeux que les travaux qui s'amorcent à ce jour sur l'avenir du territoire économique du Luxembourg doivent nécessairement prendre en considération, sur un pied d'égalité, le maintien et l'augmentation de l'emploi et la préservation du système social.

La compétitivité ne peut être un objectif en soi ou une panacée. Au-delà des débats sur les coûts et la qualité, l'objectif doit tendre précisément à la sauvegarde du niveau de vie. La situation au Luxembourg n'est pas dramatique au point d'exiger que des mesures unilatérales et radicales soient mises en œuvre au détriment des travailleurs. Si les pensées de certains membres de la Tripartite s'orientent dans cette direction, qu'ils soient donc prévenus dès aujourd'hui !

Plus qu'un slogan

La manière dont différentes fédérations patronales, leurs représentants ou des employeurs individuels abordent cette problématique nous donne à réfléchir. Il pourrait être soupçonné que le débat et l'état des lieux incontournables servent de prétexte à un démantèlement social, à la délocalisation d'entreprises, à des licenciements, à des compressions de personnel ou à une déréglementation plus poussée du marché

du travail. Les milliers de travailleurs engagés par la trentaine d'agences de prêt temporaire de main-d'œuvre – et la tendance est à la hausse – attestent que la précarité et la flexibilité totale priment sur la stabilité et la sécurité, la productivité et la qualité. Les prochaines discussions sur la compétitivité ne peuvent dès lors se résumer à un exercice obligé ou à un slogan.

En conjonction avec les pourparlers sur les exigences et les répercussions du protocole de Kyoto, la directive européenne connexe sur une diminution supplémentaire des émissions de CO₂, et la protection du climat dans son ensemble, notre pays risque d'être confronté plus tôt que prévu à un véritable choix de société. Une lourde responsabilité incombe à ce titre aux syndicats, mais pas uniquement à notre organisation.

Enfin, l'affaire Kralowetz

Alors que Karl Kralowetz, remis en liberté, profite vraisemblablement de vacances non méritées aux sports d'hiver, les premières procédures, sur un total de quelque 200, ont été entamées auprès du Tribunal du Travail à l'instigation de l'OGB•L. Nous respectons ainsi un engagement que nous avions donné aux travailleurs de l'ancien bloc de l'Est, qui ont été trompés et exploités et ont le droit légitime de percevoir leur salaire résiduel. L'argent est disponible, mais les liquidateurs refusent le versement au motif que ces chauffeurs ne disposaient pas d'un contrat de travail valable ! Peut-on alors savoir ce qui était « valable » chez Kralowetz et qui porte la responsabilité de ces circonstances, si ce n'est le Luxembourg qui a servi de terre d'accueil à des entreprises criminelles ? Malheur aux derniers, car c'est une nouvelle fois le maillon le plus faible de la chaîne qui devrait payer les pots cassés : les chauffeurs. Pour la seule et unique raison qu'ils sont originaires d'un pays de l'Est et qu'ils ont été exploités. À la faveur de l'élargissement européen, ces mêmes pays de l'Est deviennent aujourd'hui hautement fréquentables et sont de plus en plus souvent choisis par les chefs d'entreprises luxembourgeois pour la délocalisation de leurs activités parce que les salaires, les prestations accessoires et les coûts salariaux y sont moindres !

L'OGB•L assume sa responsabilité. L'exemple de la conclusion d'une convention collective dans le secteur hospitalier, couronnée malgré tout de succès, a démontré qu'un haut degré d'organisation syndicale, la motivation, la conviction et l'engagement peuvent encore porter leurs fruits.



La CEP•L favorable à l'élargissement des compétences de l'ITM mais...

Dans sa réunion du 19 février 2004, l'assemblée plénière de la Chambre des Employés Privés a, sous la présidence de Jean-Claude Reding, émis ses avis sur onze projets de lois et de règlements grand-ducaux.

Les points forts discutés lors de cette assemblée ont été les projets de loi sur la réforme de l'Inspection du travail et des mines (ITM) et sur le Comité permanent du travail et de l'emploi et l'instauration d'une instance de médiation (CPTE).

Les membres de l'assemblée ont salué la réforme de l'Inspection du travail et des mines qui ne se limite pas à une simple augmentation d'effectifs, mais cherche à adapter l'organisation et la méthodologie de l'ITM aux défis du monde du travail. Ce projet entend introduire une approche proactive faisant évoluer le rôle de l'ITM de sa phase coercitive vers un rôle complémentaire nouveau en tant que coordinatrice et génératrice de solutions aux problèmes qui préoccupent les travailleurs.

...s'oppose à un affaiblissement des délégations du personnel

Dans cette nouvelle approche proactive du système d'inspection, le projet prévoit une nouvelle mission d'intermédiation informelle de l'ITM pour régler directement les litiges entre salarié et employeur.

La CEP•L approuve le principe, mais attire l'attention sur le fait que cette nouvelle mission risque d'affaiblir le rôle des délégations du personnel qui ont pour mission de prévenir et d'aplanir les différends pouvant surgir entre l'employeur et le personnel salarié de l'établissement.

La Chambre ne saurait accepter un affaiblissement du rôle des délégations du personnel dans le sens que les employeurs pourraient être amenés à trouver un accord avec l'inspecteur de l'ITM qu'ils présenteraient alors au salarié. Pour cette raison, la CEP•L juge indispensable qu'une disposition soit intégrée dans le projet de loi stipulant que la délégation du personnel soit obligatoirement informée, voire consultée, de toute initiative d'intermédiation informelle des inspecteurs du travail.

En effet, les délégués du personnel connaissent mieux que les inspecteurs le terrain, la culture et la vie quotidienne de

l'entreprise. Pour cette raison, ils doivent être associés à toute initiative d'intermédiation entre salarié et employeur.

Dans ce même contexte, la Chambre approuve aussi quant au principe la création d'une instance de médiation au sein du Conseil permanent du travail et de l'emploi (CPTE). Cette instance tripartite sera présidée par un représentant de l'ITM assisté par un représentant des employeurs et un représentant des travailleurs.

Le résultat de la médiation est une transaction qui doit être acceptée par les deux parties. Il s'agit ici d'une étape qui se situe, le cas échéant, après les efforts informels de conciliation de l'ITM et avant le recours au tribunal.

En cas de constat d'échec de la conciliation, les délais de recours en justice reprennent cours.

La création de cette instance de médiation ne devrait pas non plus aux yeux de la CEP•L conduire à un affaiblissement du rôle des délégations du personnel.

...souhaite une meilleure valorisation de l'expérience professionnelle

La Chambre tient à approuver tout particulièrement l'extension des pouvoirs de police de l'inspectorat de l'ITM afin de pouvoir assurer le respect de la législation en matière de droit du travail et de santé et de sécurité au travail, mais elle tient à relever que le renforcement des pouvoirs de contrôle de l'ITM ne doit pas seulement exister sur le papier.

Cette extension des pouvoirs au sein de l'ITM engendre le remplacement des contrôleurs actuels par trois catégories de fonctionnaires assermentés : l'inspecteur en chef de travail, l'inspecteur principal du travail et l'inspecteur du travail. Dans ce contexte, la CEP•L insiste sur une plus grande valorisation de l'expérience professionnelle et des reconnaissances spécifiques requises pour accéder à la profession de l'inspecteur du travail. Ainsi, elle se prononce pour un recrutement direct des inspecteurs de travail par l'ITM sur base de l'expérience professionnelle des candidats et d'un examen concours basé sur les connaissances et compétences spécifiques exigées pour la fonction d'inspecteur.

L'intégralité des textes des deux avis de la CEP•L se trouvent sur www.cepl.lu.

**Les avis évacués lors de l'assemblée plénière
du 19 février 2004**

Reforme de l'Inspection du travail et des mines
(projet de loi)

Comité permanent du droit du travail et de l'emploi et instance de médiation tripartite
(projet de loi)

Egalité de traitement, travailleurs handicapés et salaire social minimum
(projet de loi)

Approbation des Conventions internationales du travail
(projet de loi)

Réforme des relations collectives de travail
(amendements par rapport au projet de loi)

**Modalités de la détermination
de la dépendance**
(projet de règlement grand-ducal)

Prescriptions de prévention des accidents
(projet de règlement grand-ducal)

Liberté d'expression dans les médias
(amendements par rapport au projet de loi)

Dotations fiscales du fonds pour l'emploi
(projet de règlement grand-ducal)

**Protection des travailleurs contre
des explosions**
(projet de règlement grand-ducal)

**Simplification et harmonisation
des régimes douaniers**
(projet de loi)

L'intégralité des textes des avis de la CEP•L
évacués se trouvent sur www.cepl.lu.

*Le nouveau président de la CEP•L,
Jean-Claude Reding,
a été reçu par son Altesse
le Grand-Duc Henri.*



OGB•L Generalversammlungen März 2004

Datum	Tag	Zeit	Sektion	Lokal	Ort	Referent (in)
05.03.	Freitag	18.30	Esch-Sauer	Hôtel Beau Site	Esch-Sauer	Michel Schaul
05.03.	Freitag	19.00	Eischen	Salle des Fêtes Eischen	Eischen	Romain Daubenfeld
05.03.	Freitag	19.00	Önnersauer	Café beim Marianne	Rosport	René Pizzaferrri
05.03.	Freitag	19.00	Sanem	Café du Centre	Sanem	Carlos Pereira
06.03.	Samstag	18.00	Ettelbruck	Hôtel de Ville	Ettelbruck	Marie-Thérèse Sannipoli
06.03.	Samstag	19.30	Larochette	Bistrot de la Gare	Medernach	Alex Teotonio
06.03.	Samstag	19.30	Syrdall	Café Speck	Wecker	Jean-Claude Reding
10.03.	Mittwoch	19.00	Huncherange	Centre culturel	Huncherange	Romain Clees
11.03.	Donnerstag	18.30	Mondercange	Centre Arthur Thinnés	Mondercange	John Castegnaro
12.03.	Freitag	19.00	Diekirch	Aal Hotelschoul	Diekirch	Romain Binsfeld
12.03.	Freitag	19.00	Mamer	Café "Am Duerf"	Mamer	John Castegnaro
12.03.	Freitag	19.00	Pétange	Centre Culturel "A Roussen"	Pétange	Danièle Nieves
12.03.	Freitag	18.30	Soleuvre	Café Boulevue	Metzerlach	Carlos Pereira
12.03.	Freitag	20.00	Bascharage	Hall 75	Bascharage	René Pizzaferrri
13.03.	Samstag	19.30	Vianden	Salle Besseling (in der Larei)	Vianden	René Pizzaferrri
13.03.	Samstag	18.30	Bonnevoie	Casino Syndical	Bonnevoie	Romain Daubenfeld
13.03.	Samstag	18.00	Leudelange	Café beim Karin	Leudelange	Jean-Claude Reding
13.03.	Samstag	16.00	Differdange	Hall Omnisport	Obercorn	John Castegnaro
17.03.	Mittwoch	18.00	Rodange	Centre Culturel	Rodange	Tom Jungen
18.03.	Donnerstag	18.30	Esch-Alzette	Maison du Peuple	Esch-Alzette	John Castegnaro
19.03.	Freitag	19.00	Hosingen	Café des sports	Hosingen	Fränk Arndt
19.03.	Freitag	19.30	Mersch	Blannenheem	Berschbach	Marie-Thérèse Sannipoli
19.03.	Freitag	19.00	Clemency	Salle des Fêtes	Clemency	Romain Daubenfeld
19.03.	Freitag	19.00	Hobscheid	Centre Polyvalent	Hobscheid	Nico Clement
19.03.	Freitag	19.00	Belvaux	Café Boulevue Metzerlach	Belvaux	René Pizzaferrri
19.03.	Freitag	18.30	Rumelange	Café "am Heim"	Rumelange	John Castegnaro
19.03.	Freitag	19.30	Hautcharage	Café Beim Anita	Hautcharage	Danièle Nieves
20.03.	Samstag	19.00	Clervaux	Auberge du chemin de fer	Troisvierges	Tom Jungen
20.03.	Samstag	19.30	Grenzgänger	Casino	Wellen	Jean-Claude Reding
20.03.	Samstag	12.00	Preitzerdau	Paller Stuff	Niederpallen	René Pizzaferrri
20.03.	Samstag	18.00	Junglinster	Euro Hotel	Gonderange	John Castegnaro
20.03.	Samstag	17.00	Niederanven	Restaurant - La Balustrade	Niederanven	Armand Drews
20.03.	Samstag	19.00	Echternach	Maison des Oeuvres	Echternach	Romain Daubenfeld
21.03.	Sonntag	17.00	Beaufort	Hôtel Binsfeld	Beaufort	Romain Clees
26.03.	Freitag	19.00	Strassen-Bertrange	Ristorante Da Fabrizio E Pino	Strassen	Carlos Pereira
26.03.	Freitag	19.00	Walferdange	Centre Prince Henri	Walferdange	Romain Binsfeld
26.03.	Freitag	19.00	Linger	Centre Polyvalent	Linger	Romain Daubenfeld
26.03.	Freitag	19.00	Mondorf	Salle des Fêtes de la Commune	Mondorf les Bains	Pit Schreiner
26.03.	Freitag	18.00	Bergem/Pontpierre	Centre Culturel	Bergem	André Sowa
27.03.	Samstag	19.00	Mertzig-Feulen	Café Marso	Mertzig	Jean-Claude Reding
27.03.	Samstag	19.30	Grenzgänger	Eifler Hof	Ferschweiler	Marie-Thérèse Sannipoli
27.03.	Samstag	16.00	Clausen/Neudorf	Café des Sports	Neudorf	Carlos Pereira
27.03.	Samstag	18.00	Beckerich	Pall-Center Oberpallen	Oberpallen	Léon Jenal
27.03.	Samstag	17.00	Dudelange	Maison Syndicale	Dudelange	John Castegnaro
27.03.	Samstag	17.00	Remich	Aal Schoul	Remich	Tom Jungen

21ème Festival des migrations, des cultures et de la citoyenneté

12/13/14 mars 2004

Vendredi 12 mars

16h00 : Ouverture du 4ème salon du livre et des cultures

21h00 : Nuit blanche salsa

Tempo Forte

Tempo Forte ou comment apprivoiser «l'essence de la musique cubaine». Tempo forte est la rencontre de onze musiciens de formations et de cultures différentes, mais tous passionnés de musique cubaine. C'est une musique métissée aux frontières de la tradition cubaine qu'ils distillent, une musique aux accents latins et jazz, résolument contemporaine, incisive, chaleureuse et festive. Tempo Forte compte parmi les formations cubaines les plus innovantes de la scène française. Un pur moment de fête unique et intense !

Mango

S'il n'y avait qu'un mot pour résumer Mango, ce serait «plaisir». Plaisir de jouer ensemble, de créer, plaisir de partager des rythmes de Cumbia, des harmonies de jazz. Plaisir de retrouver la salsa traditionnelle, la chaude ambiance des fiestas latines. Dix musiciens sur scène, Mango se déguste autour d'un verre, le sourire aux lèvres, des fourmis dans les jambes et des voyages plein la tête. Après Paris, Athènes, les voici à Luxembourg.

Shows salsa entre les spectacles, prestations de plusieurs écoles de salsa (sous réserve)

Entrée : Prévente : 13 euros
Caisse du soir à partir de 19h : 15 euros
Info et lieu de prévente :
clae tél. 2986861

Samedi 13 mars

12h00 - Lecture publique
Ouverture du 4ème salon du livre et des cultures (entrée libre)
Des voix, des cultures et un livre : lecture publique en plusieurs langues de l'œuvre universelle «Le petit Prince» de Antoine de Saint-Exupéry (salon du livre et des cultures, salle 2)

A partir de 12h00

Ouverture du 21ème festival avec ses stands associatifs, stands d'information, ses cuisines internationales, ses expositions, ses animations pour enfants, ses ateliers... programme musical toute l'après midi sur la scène du festival.

14h30 : Rencontre avec les écrivains Faiz Softic, Diana Button

15h00 : Bienvenue

Ouverture officielle du Festival en présence des autorités, des invités et des représentants des associations

16h00 : Rencontre avec les écrivains Kamanda Kama Sywor, Albert Salvado

17h30 : Rencontre avec l'écrivain José Jorge Letria et son fils, illustrateur de ses ouvrages ainsi qu'avec l'écrivaine Pilar Adón

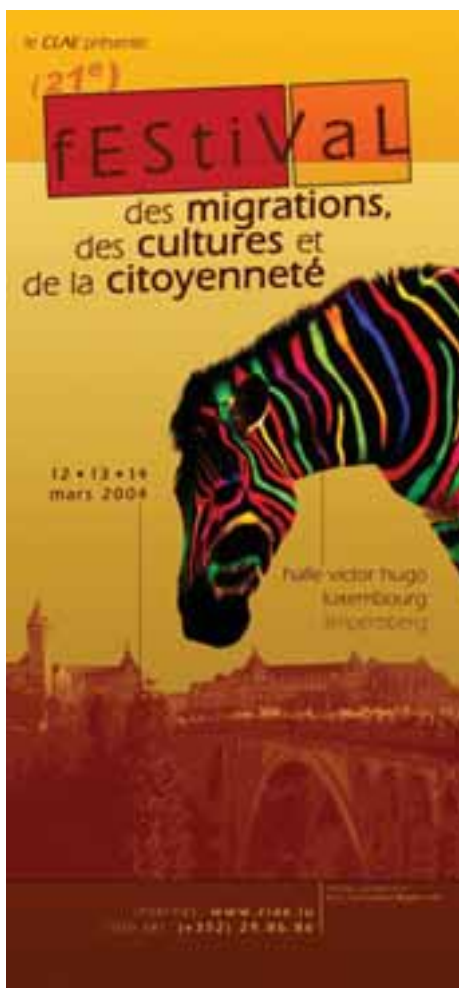
21h00 : nuit blanche

Eugenio Bennato (Italie)

Il est celui que Naples surnomme «L'âme du sud». Auteur, compositeur, interprète, Eugenio Bennato a donné ses lettres de noblesse à la tarantelle, danse du sud de l'Italie. Véritable phénomène de société parmi les jeunes, le «Taranta Power» déferla sur le monde... Des rythmes qui conduisent irrésistiblement à la transe, des mélodies qui procurent une douce ivresse, une sensualité qui vous pique, tels sont les pouvoirs de la musique d'Eugenio Bennato. Son dernier album «Que la Méditerranée soit» exprime une identité partagée d'une rive à l'autre de cette mer intérieure, une appartenance commune née de la rencontre des cultures. Berceau des civilisations, la Méditerranée est le lieu du métissage culturel par excellence. Eugenio Bennato sera accompagné sur scène par Lucia Scabino (danse), Francesco Simone (percussions), M'barka Bentaleb (voix, percussions), Roberto Menonna (guitare, mandoline), Zaina Chabane (voix, danse), Benedetta Lusito (voix, danse).

Bal italien avec un orchestre venu d'Italie, Gli Allegri

Entrée libre en journée
Caisse du soir à partir de 19h : 20 euros, en prévente : 15 euros
Info et lieu de prévente :
clae tél. 2986861



Dimanche 14 mars

10h30 : débat

A partir de 12h00

stands associatifs, stands d'information, salon du livre et des cultures, cuisines internationales, expositions, animations pour enfants, ateliers... programme musical toute l'après midi sur la scène du festival.

14h30 : Rencontre les écrivains Sara Zanghi, Tullio Forgiarini et Pilar Adón

16h00 : Rencontre l'écrivain José Jorge Letria

4ème Salon du livre et des cultures

Des espaces du livre en plusieurs langues :

littératures anglo-saxonnes, catalanes, francophones, germanophones, hispaniques, italiennes, lusophones, luxembourgeoises, macédonniennes, polonaises

Des écrivains :

José Jorge Letria (Portugal), Albert Salvadó (Andorre), Sara Zanghi

(Italie), Pilar Adón (Espagne), Kama Sywor Kamanda (Congo/Egypte), Tullio Forgiarini (L), Patrick-Serge Bout-sindi (L), Diana Button (L), Faiz Softig (L), Giulio Pisani (L), Angelo Angioni (L)

Des éditeurs :

CAGL, éditeur associatif du Centre Rossignol (B) - Editions Le Phare - Editions PHI - Editions Ultimomondo- Edizioni Della Meridiana (Italie) - Panozzo Editore (Italie) - Zoom Editions

Des revues :

l'association des revues plurielles (Paris) présentent : Algérie Littérature/Action, Confluences Méditerranée, Étoiles d'encre, L'Arbre à Palabres, L'Autre, Latitudes, Olusum/Genèse avec la collaboration de l'association Ent'Revue (Paris). Egalement présentes les revues Passerelles (F), Horizon (L), RED (L), Abril (L), Estuaires (L).

Des voix, des cultures et un livre :

lecture publique en différentes langues de l'œuvre universelle Le petit Prince d'Antoine de Saint-Exupéry, le samedi 15 mars de 12h à 19h

Des expositions :

Correspondance André Gide - Aline Mayrisch 1903-1946 (Paris, Gallimard 2003) vitrines présentée par le Centre national de Littérature

Exposition «Sushi mat Gaardebounen a Bacalhau : migrations et cuisine» présentée par le Centre de documentation sur les migrations humaines de Dudelage.

Exposition «Regards de femmes - Domicile : Lux sexe : F» Présentée par le Centre de documentation des femmes, Cid-femmes de Luxembourg.

Une fuite, une histoire... : l'exposition «Une fuite, une histoire» de Médecins Sans Frontières, installée devant le Festival, vous fera découvrir des objets qui racontent...

IMPRESSUM

Zeitung des OGB♦L

"Unabhängiger Gewerkschaftsbund Luxemburg"

Verleger: OGB♦L "Onofhängege Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg"

Herausgeber für den OGB♦L : John Castegnar

60, bd. J.F. Kennedy ♦ B.P. 149 ♦ L-4002 Esch/Alzette

Editeur responsable pour la Belgique :

Yvon Moinet ♦ FOY 13 B ♦ B-6600 Bastogne

INTERNET: <http://www.ogb-l.lu/> / e-mail: ogb-l@ogb-l.lu

Tel.: 54 05 45-1 ♦ Fax: 54 16 20

Die gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Die Redaktion behält sich Kürzungen der Beiträge vor. Les articles signés ne reflètent pas nécessairement la position de la rédaction. La rédaction se réserve le droit d'abrégier les textes.

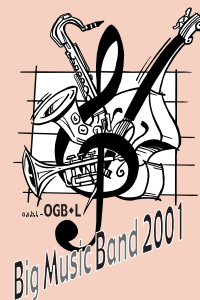
Chefredakteur: Chantal Boly - chantal.boly@ogb-l.lu

Koordination: Maguy Baasch - maguy.baasch@ogb-l.lu

Layout: James Vallad - james.vallad@ogb-l.lu

Druck ♦ Impression: Techprint, Esch/Lankelz

Big Music Band 2001



Le Comité du
Big Music Band 2001 a.s.b.l. OGB♦L
a le plaisir de vous inviter
à son Assemblée générale qui aura
lieu le 14 mars 2004 à 19h30
à la Maison du Peuple.

Kreuzfahrten

mit Reisebegleitung



Seereisen

Östliches Mittelmeer zu Ostern	07.04. - 18.04.	MISTRAL	ab 1.855.-
Transatlantiküberquerung	01.05. - 10.05.	QUEEN MARY 2	ab 2.199.-
Päischtcroisière	30.05. - 06.06.	EUROPEAN VISION	ab 1.269.-
Norwegen - Nordkap	13.06. - 27.06.	MISTRAL	ab 2.143.-
Grönland	06.08. - 18.08.	ASTOR	ab 3.100.-

Flussreisen

Donau	09.04. - 15.04.	SWISS CROWN	ab 851.-
Ägypten / Nilkreuzfahrt	13.04. - 20.04.	CROWN JEWEL	ab 749.-
Donaumelodie	12.07. - 26.07.	GRACIOSO	ab 1.795.-
St. Petersburg - Moskau	23.07. - 02.08.	SURIKOV	ab 1.587.-



Voyages ATOL



City Center **VOYAGES FLAMMANG**

1, rue du Commerce • L-3450 Dudelange • Tel.: 52 52 80 • Fax: 52 52 88

e-mail: dudelange@flammang.lu

LE MOT MYSTÉRIEUX

COUSIN DU SANGLIER	▼	VILLE DES PAYS-BAS	8	NOMMA	▼	REVERS	▼	RECOUVERTES
RÉCHAUD DE PÊCHEUR		AFFECTION		ENSEIGNAIS		BELGE		
▶		▼		▼	9	▼		▼
DIMINUA (S...)	▶			5				
CAUSTICITÉ								
▶								FOULES
RETRANCHÂT	▶					RETARD	▶	▼
PAS AILLEURS						PERÇANT		
▶				DÉPARTEMENT	▶	▼		
				PETIT POIDS				
RÉSULTAT D'UN COUP	▶			7				
LAIZE								
▶		PLAINTES HYPOCRITES	▶					4
		PARTIE DE THÉÂTRE						
TAMBOURINAGE	▶	▼	SITUÉE	▶				
IDENTIQUE			IMPULSION					MONCEAU
▶			▼	COURROUX		POSSESSIF	▶	▼
						NAPPERON		
S'OBSTINERA (S...)	CARRELETS	▶	1	▼		▼	SOUS MI	3
	CENTIMÈTRE							
▶	▼		2				▼	
EX-JEUNES FILLES À LA MODE	▶			10			6	

A gagner:

- 1^{er} prix : 1 grand barbecue électrique
- 2^e prix : 1 petit barbecue électrique
- 3^e prix : 1 réveil-matin

Tous les membres de l'OGB♦L, à l'exception de son personnel, sont admis au jeu.

Notez le mot mystérieux sur une carte postale et adressez-la jusqu'au 15 mars 2004 à :

OGB♦L
Service Information et Presse
B.P. 149
L-4002 Esch/Alzette

Si nous recevons plus de réponses correctes que de prix mis en jeu, les gagnants seront départagés par un tirage au sort.

Le mot mystérieux et les noms des trois gagnants seront publiés dans notre prochain numéro.

Les prix peuvent être retirés à la Centrale de l'OGB♦L à Esch/Alzette (bd. Kennedy) auprès de M. Albert Hirtz.

Ecrivez ici, lettre par lettre, le mot mystérieux

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

IV/69 © HACHEL INT

K	L	G	P						
J	U	G	L	A	I	R	E		
M	A	X	I	L	L	E	S		
E	M	B	E	T	E	A	T		
E	L	S	E	N	E	U	R		
B	L	E	R	E	G	A			
S	O	I	R	A	P				
L	A	R	E	C	U	R	A		
D	C	A	A	G	E	S			
Q	U	O	L	I	B	E	T	S	
L	U	B	O	R	I	E			
R	E	D	U	I	T	E	N		
S	E	N	S	A	R	T			

10

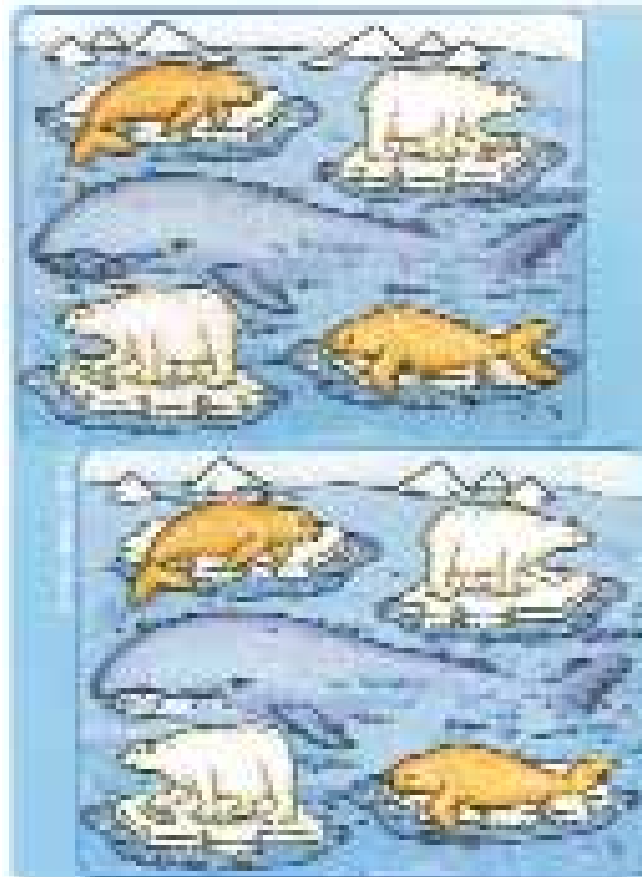
ERREURS
FEHLER
DIFFERENCES
DIFERENCIAS

Découvrez les 10 différences qui existent entre les deux dessins

Tell the 10 differences between the two drawings

Encuentre las 10 diferencias que existen entre los dos cuadros

Die zwei Bilder unterscheiden sich in 10 Punkten. Welche ?

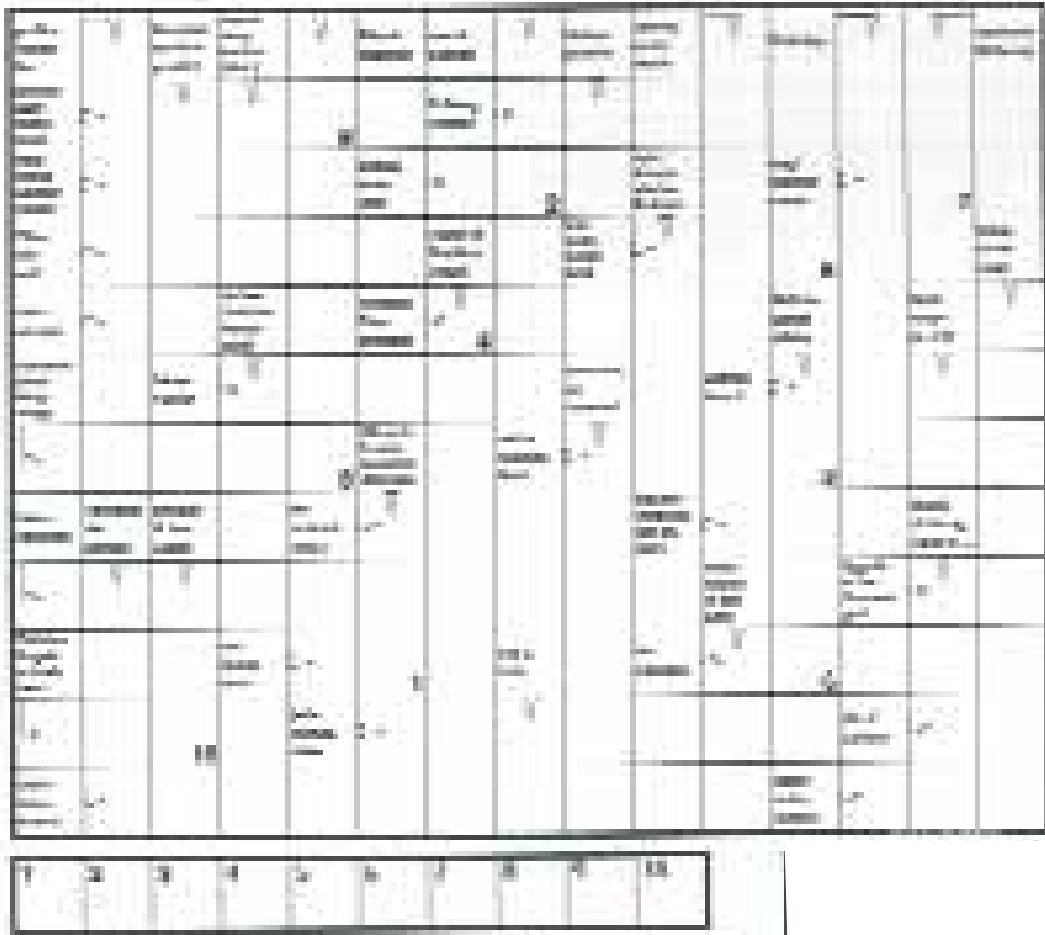


01/2004 - Solution : JARDINIÈRE

Becker Romain, Lintgen (L), 1^{er} prix
 Petit Marc, Arlon (B), 2^{ème} prix
 Thill Eric, Cattenom (F), 3^{ème} prix



KREUZWORTRÄTSEL



Die Buchstaben der Felder 1 bis 10 ergeben das Lösungswort.

Zu gewinnen sind:

1. Preis: 1 großer elektrischer Grill
2. Preis: 1 kleiner elektrischer Grill
3. Preis: 1 Wecker

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder mit Ausnahme des OGB♦L Personals.

Schreiben Sie das Lösungswort auf eine Postkarte und schicken Sie diese bis zum 15. März 2004 an:

OGB♦L-Pressabteilung
Postfach 149
L-4002 Esch/Alzette

Liegen mehr richtige Einsendungen vor als Preise zu vergeben sind, so entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

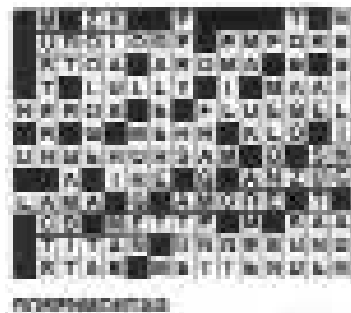
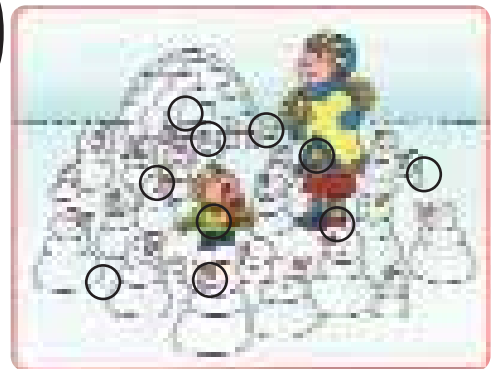
Auflösung und Namen der drei Gewinner veröffentlichen wir in der nächsten Nummer.

Die Gewinne können in der Escher OGB♦L Zentrale (Boulevard Kennedy) bei Albert Hirtz abgeholt werden.

10

ERREURS
 FEHLER
 DIFFERENCES
 DIFERENCIAS

SOLUTION
 AUFLÖSUNG
 ANSWER
 SOLUCIÓN



01/2004 Lösung Kreuzworträtsel: ROSEN MONTAG

Haas Tanja, Wincheringen (D)
Ettinger Steve, Düdelingen
Boever Nora, Niederwampach

1. Preis
 2. Preis
 3. Preis



SPRECHSTUNDEN / PERMANENCES

Secrétariats	Responsables	Lundi	Mardi	Mercredi	Jeudi	Vendredi
Esch/Alzette L-4002 60, bd J.F. Kennedy Tél.: 54 05 45-1 Fax: 54 16 20	Antinori A.-M. Molitor Robert Lorang Yasmine	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs		10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Differdange L-4620 4, rue E. Mark Tél.: 58 82 86 Fax: 58 34 56	Müller Gérard		09.00 - 12.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	15.00 - 18.00 hrs	
Dudelange L-3441 31, av. G.D. Charlotte Tél.: 51 50 05-1 Fax: 51 50 05-29	Clees Romain Manderscheid René	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Luxembourg L-1490 19, rue d'Épernay Tél.: 49 60 05-1 Fax: 48 69 49	Pereira Carlos Dias Eduardo Medvescek Jeff Jeblick Viviane		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs	
Ettelbruck L-9052 6, rue Prince Jean Tél.: 81 90 01-1 Fax: 81 97 13	Arndt Frank	09.00 - 11.45 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.45 hrs 13.00 - 16.00 hrs	13.00 - 17.00 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.00 hrs	
Rodange L-4818 72, av. Dr Gaasch Tél.: 50 73 86 Fax: 50 44 81	Moinet Yvon Müller Gérard		14.00 - 17.00 hrs	09.00 - 12.00 hrs		14.00 - 17.00 hrs
Grevenmacher L-6720 4, rue de l'Eglise Tél.: 75 80 35	Clees Romain			15.00 - 18.00 hrs		
Wiltz L-9557 2, rue Michel Rodange Tél.: 95 72 70	Arndt Frank				14.00 - 17.00 hrs	

PERMANENZE IN ITALIANO per pensioni, infortuni, malattia e prestazioni sociali varie

Lunedì	LUSSEMBURGO	19, rue d'Épernay	Tél.: 49 60 05-205	14.30 - 17.30
Martedì	DIFFERDANGE	Maison Syndicale	Tél.: 58 82 86	14.00 - 17.30
Martedì	WILTZ	2, rue Michel Rodange	Tél.: 95 72 70	14.30 - 18.00
Mercoledì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	9.00 - 11.30
Giovedì	LUSSEMBURGO	19, rue d'Épernay	Tél.: 49 60 05-205	9.00 - 11.30
Giovedì	DUDELANGE	31, av. G.D. Charlotte	Tél.: 51 50 05-22	14.00 - 17.30
Giovedì	ETTELBRUCK	6, rue Prince Jean	Tél.: 81 90 01-1	14.30 - 18.00
Venerdì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	14.30 - 17.30

Per le permanenze a Rodange si prega prendere appuntamento al numero 54 05 45-236

SBA
Luxembourg
Tél.: 26 49 69-0

SPÉCIAL FRONTALIERS

Frontaliers français: * 64, rue Maréchal Foch (face à la Poste)

B.P. 41 - F-57390 Audun-le-Tiche

Tél.: (0033) 3 82 50 32 50+

Fax: (0033) 3 82 50 32 53

email : ogbl@wanadoo.fr

Mardi et vendredi (vend. sur rdv): 14.00 - 18.00 hrs

Jeudi: 16.00 - 18.00 hrs

* 2, rue des Ecoles - F-57330 Volmerange-les-Mines

Tél.: (0033) 3 82 50 61 51

Lundi et jeudi : 15.30 - 17.00 hrs

* 8, rue du Cygne - F-57100 Thionville

(bureau de l'union locale CGT)

Tél.: (0033) 3 82 54 27 90

Mercredi: 14.00 - 17.00 hrs

Deutsche Grenzgänger: * Burgweg 10 - D-54646 Bettingen

Wolfgang Schnarrbach

Tel.: (0049) 6527 - 12 79

Fax: (0049) 6527 - 93 38 61

E-Mail: W.Schnarrbach@T-Online.de

CONSULTATIONS EURES TRANSFRONTALIÈRES

Permanences des conseillers EURES

Sprechstunden der EURES-Berater



- ♦ de l'EURES PED:
Yvon Moinet à Rodange et à Arlon
- ♦ de l'EURES Sarre-Lor-Lux Rhénanie-Palatinat /
der EURES Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz
Romain Clees in Dülzlingen und Grevenmacher
à Dudelingen et à Grevenmacher

Frontaliers belges: * 80, rue des Martyrs - B-6700 Arlon

Tél.: (0032) 63 23 00 50

Fax: (0032) 63 22 64 32

Jeudi: 09.00 - 12.00 hrs

* FGTB rue des brasseurs, 8a - B-Bastogne

Tél.: (0032) 61 21 19 87

Samedi: 09.00 - 12.00 hrs

* FGTB rue des usines, 16A - B-6791 Athus

Tél.: (0032) 0477 26 88 89 (GSM)

Mercredi et vendredi de 14.00 à 17.00 hrs

* FGTB rue L. Libert, 22 - B-Aywaille

les 1er et 3ème lundi et jeudi du mois

de 14h30 à 17h30

Tél.: (0032) 04-384 81 52

Syndicat Bâtiment / Permanencias "Construção"

OGB♦L ETTTELBRUCK 6, rue Prince Jean Tél. 81 90 01-1
le jeudi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)

Quinta-Feira 14h30 - 18h00

OGB♦L WILTZ 2, rue Michel Rodange Tél. 95 72 70

le mardi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)

Terça-Feira 14h30 - 18h00